

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 54

MAI 1985

DM 1,-

Verteidigt DDR/Sowjetunion durch internationale sozialistische Revolution!

8. Mai 1945: Rote Armee zerschlug Nazi-Regime

8. Mai 1945: Soldaten der Roten Armee hissen die rote Fahne über Berlin. Der deutsche Feldmarschall Keitel unterschreibt die Kapitulation. Endlich war das Nazi-Regime zerschlagen und dem Schrecken der braunen Pest ein Ende bereitet worden. Die sowjetischen Soldaten, die die Tore der Konzentrationslager Auschwitz und Sachsenhausen öffneten, stoppten damit das grausige Vernichtungsprogramm, dem sechs Millionen Juden und fünf Millionen andere Minderheiten und Nationalitäten in den Todeslagern zum Opfer gefallen waren. Die Durchsetzung der faschistischen Ideologie vom deutschen „Herrenmenschen“ und „Lebensraum“ führte zum Rassen- und Völkermord, der überall dort mit deutscher Gründlichkeit organisiert wurde, wohin sich die Herrschaft des deutschen Imperialismus erstreckte. Über ein Jahrzehnt hatte die Arbeiterklasse unter dem faschistischen Joch gelitten; ihre Organisationen waren zerschlagen, ihre nicht ins Exil entkommenen Führer ermordet worden, in KZs verschleppt oder im Krieg gefallen. Mit der militärischen Niederlage des deutschen Imperialismus war wenigstens für Europa ein Krieg beendet, in dem das imperialistische Streben nach Weltherrschaft über 50 Millionen Menschenleben gekostet hatte.

Zweifellos war die Einnahme Berlins im Mai 1945 ein Akt der Befreiung. Doch keine der damals mit der Sowjetunion verbündeten imperialistischen Mächte und erst recht nicht der westdeutsche Nachfolgestaat des „Dritten Reiches“ wollen dieses 40jährige Siegesjubiläum feiern. Die Stimmung in der westdeutschen Bourgeoisie wird plastisch durch das Spiegel-Titelbild „Zusammenbruch“ ausgedrückt. Doch der geschlagene deutsche Imperialismus von 1945 hat längst mit neuem Selbstbewußtsein sein Haupt erhoben. Bundeskanzler Helmut Kohl brachte den neuerstarkten Nationalismus in der Bundestagsdebatte „Zur Lage der Nation“ klar auf den Punkt: „Unser Vaterland, die Mitte Europas wurde geteilt. Für die Deutschen in der DDR und für unsere östlichen europäischen Nachbarvölker wurde der 8. Mai auf

bisher unabsehbare Zeit zum Tag der Ablösung der einen Diktatur durch eine andere.“ (*Das Parlament*, 16. März) Sein CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sieht den 8. Mai 1945 als „Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus“. Besser wäre es seiner Meinung nach gewesen, „wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären“ (*Frankfurter Rundschau*, 4. Februar).

Die deutsche Bourgeoisie sieht sich als Träger einer neuen Mission, „den Osten vom Kommunismus zu befreien“. Und schon hat sich die westdeutsche Armee unter dem neuen Namen Bundeswehr ausgerechnet den 8. Mai als Datum auserkoren, um mit einer „dynamischen Waffenschau“ ihre Schlagkraft als stärkste NATO-Armee in Europa öffentlich unter Beweis zu stellen. Das Proletariat muß der Kapitalistenklasse die Macht entreißen, bevor deutsche Panzer (diesmal „Leopard“ statt „Tiger“) erneut auf Moskau zuwalzen.

Die Heuchelei der imperialistischen Siegermächte von einst wie auch des besiegteten deutschen Imperialismus anlässlich des 8. Mai straft ihr gelegentliches Posieren als „Streiter für Menschenrechte“ Lügen. Darum ging es ihnen 1945 genau so wenig wie heute. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan, der ursprünglich am 8. Mai das Gedenken an die Millionen Opfer des faschistischen Holocaust zu einer Kalten-Kriegs-Rede im ehemaligen KZ Dachau mißbrauchen wollte, sagte seinen Auftritt im KZ zunächst ab, um stattdessen auf Kohls Initiative hin den Soldatenfriedhof Bitburg in der Eifel zu besuchen. Reagan am 21. März auf einer Pressekonferenz: „Denn wir sind jetzt die Verbündeten und Freunde von Ländern, die wir einst bekämpften, und es ist fast so, als feierten wir das Ende einer Epoche und den Beginn davon, was jetzt an die 40 Jahre von Frieden darstellen.“

Gewiß, der Krieg-der-Sterne-Präsident Reagan will von der Verantwortung der USA, Nazibestien wie Gestapomörder Klaus Barbie und Josef Mengele nach 1945 Fluchthilfe geleistet zu haben, nichts wissen. Ihn küm-

mert das Schicksal der Opfer des Faschismus nicht im geringsten. Ihn bewegt die Stärkung der antisowjetischen NATO-Kriegsallianz, bei der Westdeutschland der mächtigste Partner ist. Dem US-Imperialismus geht es darum, seine nach 1945 erworbene Schlüsselstellung in der Welt zurückzuerobern, die er mit dem Zusammenbruch des auf dem Dollar basierenden Weltwährungssystems von Bretton Woods 1971 endgültig verloren hat. Und zwar in erster Linie im Kampf gegen den Verbündeten von 1945, die Sowjetunion, die Reagan heute zum „Reich des Bösen“ erklärt.

Reagan wird trotz der Proteste amerikanischer jüdischer Organisationen am 5. Mai den Bitburger Friedhof besuchen, auf dem die gefallenen Soldaten der (letzten) deutschen Ardennoffensive begraben liegen – in Anerkennung der „Blitzkrieg“-Tradition der deutschen Wehrmachtsoffiziere, die die Bundeswehr wieder aufgebaut haben. Reagan will auch den Teil der amerikanischen Öffentlichkeit provozieren, der seine Kriegsbegeisterung nicht teilt und der sich der Millionen Mordopfer der Nazis schmerzlich erinnert. Selbst die in Bitburg begrabenen SS-Scherben dichtet Reagan zu „Opfern des Nationalsozialismus“ um. In letzter Minute versu-



Foto: Yevgeni Khaldei

chen Reagan und Kohl jetzt die Wogen mit einem Besuch in Bergen-Belsen zu glätten. Doch Bitburg und dessen Grabsteine mit den SS-Runen sind der passendere Ort für die Bekräftigung der antisowjetischen Kalten-Kriegs-Allianz Kohl/Reagan.

Freund oder Feind?

Es ist offensichtlich. Die müde Siegesstimmung der Westalliierten rührt von ihrer Befürchtung her, im Zweiten Weltkrieg den

Fortgesetzt auf Seite 4

Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Kurdische Arbeiter in der irakischen Revolution von 1958/59

1. November 1984

An den Chefredakteur von
Workers Vanguard

Die Grüße der internationalen Spartacist Tendenz an eine Konferenz kurdischer Militanter, die kürzlich in Zentraleuropa abgehalten wurde („Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan“, *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984), stellten fest: „Während es viele kurdische Arbeiter gibt, arbeiten die meisten außerhalb der geographischen Gebiete mit einer vorherrschend kurdischen nationalen Identität... das kurdische Proletariat (existiert) hauptsächlich in der Diaspora...“ Das mag heute richtig sein wegen der Politik der „Arabisierung“, die vom ba'athistischen Regime des Irak durchgeführt wurde. Nach dem Buch *Kurdistan und die Kurden* (englische Ausgabe, 1980 erschienen), herausgegeben von Gérard Chaliand, wurden mehr als 200 000 Kurden aus der strategischen Ölregion des irakischen Kurdistan umgesiedelt. Früher sah die Sache jedoch anders aus. Die in diesen Ölfeldern konzentrierten kommunistisch geführten kurdischen Arbeiter spielten eine wesentliche, aber widersprüchliche Rolle in der revolutionären Periode nach dem Sturz der Monarchie 1958.

Der Irak ist, wie die meisten Staaten des Nahen Ostens, ein künstliches Gebilde aus der imperialistischen Teilung des osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Unter den Osmanen war das irakische Kurdistan das Wilajet (Verwaltungseinheit) Mosul. Das siegreiche Britannien schloß Mosul mit den Wilajets von Bagdad und Basra zu einem Staat zusammen, um die Kontrolle über diese erdölreiche Region zu gewinnen und um seinem neugeschaffenen irakischen Protektorat so etwas wie eine lebensfähige Wirtschaft zu geben. Bis vor kurzem lieferte die Provinz Kirkuk im Herzen des irakischen Kurdistan 90 Prozent der Ölproduktion Iraks. Trotz der Erschließung der Basra-Erdölfelder im Süden lieferte Kirkuk in den späten siebziger Jahren immer noch mehr als 70 Prozent der Ölproduktion des Landes.

In den Ölfeldern von Kirkuk entwickelte sich ein kämpferisches, kommunistisch geführtes Proletariat, das in der Mehrheit kurdisch war. Uriel Dann schrieb in *Iraq Under Qassem* (1969): „Die Tausende von Arbeitern in den Ölanlagen, von denen die Mehrheit Kurden waren, hatten eine lokale kommunistische Organisation auf die Beine gestellt, mit einem kämpferischen Ruf, der seinesgleichen in Irak suchte.“ Diese kurdische Arbeiterklasse jedoch rekrutierte sich direkt aus dem bäuerlichen und nomadischen Bergvolk, das bis heute von Feudalherren und Stammesfürsten und -gebräuchen regiert wird. Wenn es auch kämpferisch war, das Klassenbewußtsein dieses Proletariats

war rudimentär. Wie das Massaker von Kirkuk im Juli 1959 zeigte, führte die Mitgliedschaft in der irakischen Kommunistischen Partei (die sich bestenfalls zweideutig über das kurdische Selbstbestimmungsrecht äußerte) kaum zu einem Bruch der Kurden mit dem Nationalismus.

Die Irakische Kommunistische Partei (IKP) war nicht nur die am stärksten proletarische der stalinistischen Parteien des Nahen Ostens, sie besaß auch eine große Zahl von Mitgliedern aus nationalen und ethnischen Minderheiten, die eine wichtige und oft auch führende Rolle im Leben der Partei spielten. In der Zeit bis zur Revolution von 1958 waren es vor allem die kurdischen Kommunisten, die die Wiederbelebung der Partei vorantrieben, die durch die wütende Unterdrückung der vierziger Jahre dezimiert und in den Untergrund getrieben worden war. Hanna Batatu bemerkt in ihrer ausführlichen Studie *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq* (1978), daß 1949 bis 1955 jeder Generalsekretär der Partei Kurde war, wie auch ein Drittel der Zentralkomitee-Mitglieder, und daß die Partei eher von Kurdistan als von Bagdad aus geführt wurde.

Diese Periode war gekennzeichnet durch einen bedeutenden Anstieg des Klassenkampfes und des nationalen Kampfes, was durch den niederträchtigen, von den USA gestützten antisowjetischen Bagdad-Pakt zwischen Britannien, Iran, Irak und der Türkei noch verstärkt wurde. Dieser Pakt empörte alle unterdrückten Gruppen der Region, bei den Kurden war er besonders verhaßt, weil er ihre Hauptfeinde einigte. Auf der anderen Seite verschaffte die großzügige Behandlung ihrer eigenen kleinen kurdischen Minderheit und die Unterstützung der kurzlebigen kurdischen Republik von Mahabad im Iran nach dem Zweiten Weltkrieg der Sowjetunion ein enormes Prestige in Kurdistan, so daß sich in den fünfziger Jahren selbst kurdische nationalistische Parteien „marxistisch-leninistisch“ nannten.

So begrüßte die gesamte kurdische Nation und besonders deren städtische Arbeiterklasse die Revolution von 1958, die genauso gegen den Bagdad-Pakt wie gegen die von den Briten gestützte korrupte, heruntergekommene, unterdrückerische Monarchie geführt wurde. Das wackelige bonapartistische Regime von General Kassem, dem Führer der Revolution von 1958, versuchte zunächst, sich zur Stabilisierung seiner Herrschaft auf die IKP zu stützen, die – obwohl klein – die unbestrittene Führerin sowohl der kurdischen als auch der arabischen irakischen Arbeiterklasse war. Anstatt diese hervorragende Gelegenheit für die proletarische Revolution zu nutzen, ordnete sich die IKP Kassem unter durch die „Vereinigte Nationale Front“ mit drei bürgerlichen Parteien (der dann auch bald die kurdischen Nationalisten

**Juli 1958:
Enthusiastisch begrüßen die Massen in Bagdad den Sturz der vom britischen Imperialismus unterstützten Monarchie**



beitraten). Der Verrat der irakischen Revolution wurde direkt vom Kreml befohlen, um den „Geist von Camp David“ mit Eisenhower zu kitten (der als Antwort auf die Revolution von 1958 an der libanesischen Küste 10 000 Marines landen ließ). Der marxistische Historiker Isaac Deutscher schrieb zu dieser Zeit:

„Chruschtschow weigerte sich, einen kommunistischen Aufstand in Bagdad zu billigen, aus Angst, dies würde eine erneute westliche Intervention im östlichen Mittelmeer provozieren, den Mittleren Osten in Brand setzen und seine Politik der friedlichen Koexistenz zertrümmern.“ (Isaac Deutscher, *Russia, China and the West*, 1970)

Die widersprüchliche Rolle des kommunistisch geführten kurdischen Proletariats in dieser Zeit wurde durch die Ereignisse in Mosul im März 1959 und das Massaker von Kirkuk im Juli 1959 gezeigt. Kassems Ablehnung der „panarabischen“ Einheit mit Nasser und sein gemäßigtes Programm zur Landreform schuf Anfang 1959 eine unheilige Allianz zwischen den alten reaktionären Klassen und den Nasseristen, die einen rechten Militärputsch planten. Der Putsch sollte mit einer Armeerevolte in Mosul beginnen. Die IKP kam dieser Revolte zuvor und rief zu einer Massendemonstration auf: aus dem ganzen Irak kamen 250 000 Jugendliche, viele von ihnen bewaffnet, nach Mosul. Die IKP schaffte es, kurdische und arabische Soldaten gegen ihre Offiziere zu vereinigen; die armen Arbeiter aus dem moslemischen arabischen Stadtviertel wurden durch kurdische Stammesangehörige und armenische Bauern verstärkt, die vom Land hereinströmten. Der Putsch wurde unterdrückt, die Popularität der IKP und die Gelegenheit zur Revolution stiegen zu einem Höhepunkt.

Das macht das Massaker von Kirkuk im Juli 1959 nur noch tragischer. In den Nachwehen der Revolution von 1958 konzentrierte die IKP die Kontrolle über viele Gemeinden, Milizen und sogar Garnisonen in ihrer Hand. Die überwiegend kurdische Ortsgruppe der IKP in Kirkuk benutzte diese Macht, um einen Streit über die Feier des ersten Jahrestages der Revolution in ein kommunalistisches Blutbad zu eskalieren – besonders gegen die Turkmenen gerichtet, die einen Großteil der Händler und Mittelschichten der Stadt stellten. Auf einem Zentralkomitee-Plenum, das einen Monat später einberufen wurde, um die Konsequenzen des Massakers von Kirkuk zu behandeln, war die IKP gezwungen, „das Schleifen von Toten, Folter von Verhafteten, Plünderungen und Verletzungen der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung“, begangen von ihrer eigenen Mitgliedschaft, zu verurteilen.

Das Massaker von Kirkuk war ein tragischer Wendepunkt für die IKP und die irakische Arbeiterklasse. Es führte zu einer enormen Abnahme der Unterstützung für die IKP; von Kassem wurde es als Vorwand zur Unterdrückung der Kommunisten benutzt. Die revolutionäre Situation wurde vergeudet, und mit ihr die Gelegenheit, ein klassenbewußtes kurdisches Proletariat zu schmieden. Die Führung der unterdrückten kurdischen Werktätigen ging zurück an die Scheichs, Khans und Mullahs, wie der folgende kurdische nationale Aufstand zeigte. Und diese Revolte unter der Führung des Mullahs Mustafa Barazani stand genauso für die Verteidigung der Feudalbeziehungen auf dem Land wie gegen den arabischen Chauvinismus Bagdads. In den Jahren 1958/59 verpaßte das Proletariat dieser geteilten Nation, aufgeteilt auf vier unterdrückerische kapitalistische Staaten, eine einzigartige Gelegenheit, die Avantgarde der sozialen Emanzipation nicht nur für den Rest Kurdistans, sondern für den gesamten Nahen Osten zu sein.

Mit genossenschaftlichen Grüßen,
Reuben Samuels

KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt 1
Tel.: (0 69) 72 70 54

HAMBURG: Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: (0 40) 31 46 56

WESTBERLIN: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 11 75

Veranstaltungsreihe in Westberlin

- Um die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen, ist es notwendig, die Bürokratie zu stürzen
Sonntag, 19. Mai, 16 Uhr
- Nein zum Schleier! Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!
Sonntag, 16. Juni, 16 Uhr
- Russische Revolution, permanente Revolution und die Lösung der Nationalen Frage
Sonntag, 14. Juli, 16 Uhr

Ort und weitere Informationen sind zu erfragen:
Dienstag und Donnerstag von 18,00 bis 20.00 Uhr, Telefon: (0 30) 8 82 11 75



SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn
(Produktion), Silvia Lenz, Christoph Steiner,
Fred Zierenberg (Chefredakteur)

VERTRIEB: Birgit Kramer

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Britische Bergarbeiter: Stolz und ungebrochen in der Niederlage

Sie hatte ihre Gerichte, ihre Bullen, ihre Presse, ihre Milliarden Pfund, aber Maggie Thatcher brauchte ein ganzes Jahr, um die Bergarbeiter zu schlagen. Und als sie sie schließlich zurückgezwungen hatte, nach zwölf langen und erbitterten Monaten, marschierten sie zu den Toren der Zechen, mit erhobenen Köpfen und wehenden Bannern. Der Streik wurde besiegt, aber die Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) ist nicht zerschlagen worden.

Die blutrünstige Bestie in der Downing Street versuchte, die Streikenden mit dem Hunger ihrer Frauen und Kinder zu erpressen. Aber es entstand eine Armee von kämpfenden Frauen der Arbeiterklasse und von Kindern, deren erstes Wort SCAB (Streikbrecher) ist. Thatcher schwört, eine rachsüchtige Siegerin zu sein, aber die Bergarbeiter sind ungebrochen und stolz in der Niederlage. Und unmittelbar nach dieser Niederlage müssen die Lehren gezogen und für jeden klar werden, um den Weg für künftige Kämpfe zu ebnet, die die Eisernen Lady und ihr ganzes System von Mord und Elend stürzen werden. *Hoch die heldenhaften Bergarbeiter – Erinnert euch der Verräter!*

Letztendlich waren es nicht die Bullen und die Gerichte, die die NUM geschlagen haben, es war die fünfte Kolonne in den Reihen der Arbeiter. TUC-Führer Norm Willis (Trades Union Congress, Gewerkschaftsdachverband) und Neil Kinnock (Boss der Labour Party) bekämpften den Streik vom ersten bis zum letzten Tag, jetzt werden sie versuchen, uns zu erzählen, daß Klassenkampf sich nicht lohnt. Und von den TUC-„Linken“, die das Land hätten dichtmachen und einen historischen Sieg für die britische Arbeiterklasse hätten erzielen können, kamen viele leere Reden und noch mehr Sabotage aus den Hinterzimmern.

Als sich die NUM-Delegierten am 3. März im Congress House versammelten, um über die Wiederaufnahme der Arbeit abzustimmen, standen mehrere hundert Bergarbeiter draußen im Regen und forderten, daß der Streik weitergeht. Als Arthur Scargill schließlich herauskam, um das Ende des Streiks zu verkünden, gab es Wut und Bitterkeit,



Ende des Streiks: Die gesamte Bevölkerung des Bergarbeiterdorfes Grimethorpe, Yorkshire geht auf die Straße, um den Heroismus und Mut der britischen Bergarbeiter zu ehren

Frustration und Tränen. „Erinnert euch an Davy Jones, erinnert euch an Joe Green, ihr dürft nicht ausverkaufen!“, riefen sie. „Wir können nicht zurückgehen.“ Als Mick McGahey abfuhr, riefen die Bergarbeiter Beschimpfungen und schrien: „Erzähl uns, wie du uns angeschmiert hast, Mick!“

Es war kein Ausverkauf, nicht im gewöhnlichen Sinn des Wortes. Die NUM-Führung unter Arthur Scargill hat diesen Streik ungefähr so weit geführt, wie er mit einer Perspektive des militanten Reformismus geführt werden konnte, und trotzdem ging er verloren. Warum? Weil Militanz allein nicht genug ist. Vom ersten Tag an war klar, daß die NUM gegen die gesamte Macht des kapitalistischen Staates stand. Einfach ausgedrückt, das Problem mit Scargill ist, daß er kein Revolutionär ist. *Die wichtigste Lektion aus diesem Streik ist die dringende Notwendigkeit, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, so daß die nächste Schlacht gewonnen werden kann.*

Stürzt die Eisernen Lady

Jeder Arbeiter der Welt sollte stolz darauf sein, wie die Bergarbeiter zurück zur Arbeit marschierten. Bei der Barrow-Zeche bei Barnsley, wo Arthur Scargill anwesend war, führte ein einzelner Dudelsackspieler den Marsch an, gefolgt von den Frauen, und als sie ans Tor kamen und vor einer Streikpostenkette standen, kehrten sie um. Heute fingen sie bestimmt nicht damit an, Streikpostenkette zu überqueren. Bei der Treeton-Zeche bei Rotherham kamen alle Männer, Frauen, Kinder und Hunde des Dorfes auf die Straße, um zur Zeche zu marschieren. Nachdem sie das Zechentor erreicht hatten, gingen sie weiter zum Friedhof, um eine Streikführerin zu ehren, die vor Ende des Streiks starb.

Bei Maerdy marschierten sie unter Trommelwirbel zurück, stolz darauf, daß keiner von ihnen durch die seit 1926 unerreichten

Härten der letzten 12 Monate zum Streikbruch getrieben wurde. Als der Marsch das Grubentor erreichte, änderte sich der Trommelschlag zu einem langsamen Trauerrhythmus, eine wortlose Anerkennung, daß dies kein Siegesmarsch war, sondern ein geordneter Rückzug. Aber die Gesichter waren nicht die von gebrochenen, geschlagenen Menschen. Bezirkssekretär Arfon Evans erklärte: „Sie sind entschlossen, sie sind stark. Das ist wichtiger für die Zukunft, damit wir den Kampf weiterführen können.“

In vielen Gegenden kehrten sie an dem Tag überhaupt nicht zur Arbeit zurück. Kent blieb eine weitere Woche lang im Streik, ebenso Teile von Schottland und einige Gruben in Yorkshire, mit der Forderung nach Amnestie für die rausgeschmissenen Kollegen. Fliegende Streikposten schafften es bis zum Nordende des Dartford Tunnel (unter der Themse), bevor die Bullen eine Gelegenheit hatten, sich wieder zu formieren. Und wo auch immer ein einziger Streikposten stand – kein Bergarbeiter mit Selbststachtung ging daran vorbei.

Das Wichtigste ist jetzt, daß die Gewerkschaft ihre Kampfkraft erhält. Besonders gegen Ende des Streiks wurden viele verzweifelte Bergarbeiter zurück an die Arbeit getrieben. Mehr als 700 gefeuerte Streikende stehen auf schwarzen Listen und können weder umziehen noch eine Umschulung erhalten. Einige sind eingesperrt oder zu Haftstrafen verurteilt. Trotzdem haben viele von ihnen dazu beigetragen, nach der Abstimmung über das Streik-Ende für einen geordneten Rückzug zu sorgen, ohne eine Amnestie abzuwarten.

Dank des Verrats ihrer schweinischen Laufburschen im TUC sitzt Thatcher heute immer noch im Sattel, aber nicht fest. Der Weg für eine neue Offensive der Arbeiter muß freigemacht werden. Die ausgesprochenen Entlassungen müssen kollektiv und intelligent bekämpft werden und neue müssen soweit wie möglich vermieden werden. Vor allem aber ist es notwendig zu verstehen, was in dieser historischen Schlacht falsch lief.

Kapitulation oder Klassenkampf

Von Anfang an argumentierte die Spartacist League, daß angesichts der offenen Feindseligkeit der Verräter des TUC gegenüber jedem ernsthaften Klassenkampf und besonders gegenüber der NUM der Weg zum Sieg darin bestand, den Streik an der Basis auszuweiten – besonders durch die strategisch wichtigen Gewerkschaften mit „linker“ Führung, den Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaften. Selbst in den letzten Tagen des Streiks arbeitete der TUC offen mit Downing Street zusammen gegen die NUM.

In den letzten zwölf Monaten zeigte Scargill seinen Mut; er war als einziger bedeutender Labour-Party-Funktionär bereit, der Eisernen Lady im Kampf entgegenzutreten.

Fortgesetzt auf Seite 9

Entlassener Auto-Gewerkschafter spricht auf Bergarbeiter-Kundgebung

„Unsere Märtyrer sind nicht umsonst gestorben“

Im folgenden veröffentlichen wir Patrick Slineys Rede auf einer Versammlung von Bergarbeitern aus Nottinghamshire am 16. März anlässlich des Todestages von David Jones. Vor einem Jahr hatten Thatchers Streikbrecher und Bullen Jones auf einer Streikpostenkette ermordet. Patrick, ein militanter Autoarbeiter und bekannter Unterstützer der Spartacist League/Britain, ist gefeuert worden, weil er dafür eintrat, daß seine Gewerkschaft sich dem Streik der Bergarbeiter anschließt. An der vordersten Front all jener, die Patrick verteidigten, standen die streikenden Bergarbeiter selbst. Patrick wurde von Mick McGinty, dem Schatzmeister des zentralen Streikkomitees von Nottinghamshire, angekündigt. Mick lernte Genossen der Spartacist League/U.S. in Detroit kennen und wurde von ihnen unterstützt, als er in den USA Geld für den Streikfond der Bergarbeiter sammelte. Übersetzt wurde die Rede aus Workers Vanguard Nr. 375, 22. März.

Mick McGinty: Während unseres zwölfmonatigen Kampfes verloren wir 600 Bergarbeiter, die aus unserer Branche entlassen worden sind. Aber wir hörten nie etwas in den Medien, als 400 Lastwagenfahrer gefeuert wurden, weil sie sich weigerten, Kohle zu transportieren. Eine Menge von diesen Burschen sind hier. Patrick Sliney, der bei Rover in Birmingham arbeitet und in seiner Fabrik mit Flugblättern herumgegangen ist, um seine Kollegen um finanzielle und andere Unterstützung für die Bergarbeiter zu bitten, ist von seinem Job gefeuert worden. Er hat heute keine Arbeit, weil er etwas mit dem Bergarbeiterstreik zu tun hat. Nun möchte ich euch bitten, Patrick willkommen zu heißen. (Applaus) **Patrick Sliney:** Nun, als erstes möchte ich sagen, wie stolz ich bin, daß ich hier heute sprechen kann. Und ich bin sicher, ich spreche für Millionen andere Gewerkschafter in diesem Land, die hinter dieser Gewerk-

schaft und ihrem Kampf gegen die Thatcher-Regierung stehen wollten.

Nun, mit dieser grausamen Tory-Regierung, die heute an der Macht ist, die versucht hat, die NUM zu zerstören – nein, die NUM zu zerschlagen –, ist diese Gewerkschaft mit einer Niederlage herausgekommen; das muß festgestellt werden – aber in einer Position, um an einem anderen Tag weiterzukämpfen. Und das ist wirklich ungewöhnlich nach all diesen Angriffen, denen diese Gewerkschaft über zwölf Monate ausgesetzt war, Angriffen mit der ganzen Macht des Staates gegen diese Gewerkschaft. Das ist eine bemerkenswerte Errungenschaft. Ein Jahr, Genossen. Und wenn wir über diese Regierung reden, reden wir über diese böartige Bestie in der Downing Street (Applaus), die nicht nur für ihre eigene verrottete, korrupte, untergehende kapitalistische Klasse kämpft, sondern auch

Fortgesetzt auf Seite 9

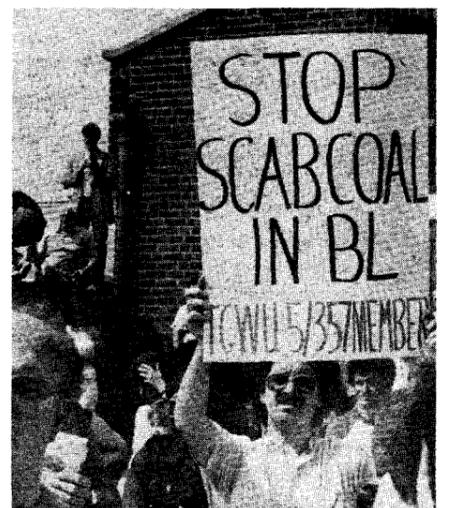


Foto: Workers Hammer

Patrick Sliney am 31. Januar

8. Mai...

Fortsetzung von Seite 1

falschen Verbündeten gewählt zu haben. Vielleicht, so erwägt der US-Imperialismus heute, hätte man im April 1945 doch die ausgestreckte Hand von Großadmiral Karl Dönitz ergreifen sollen. In Dönitz' Tagesbefehl vom 1. Mai an die deutsche Wehrmacht unmittelbar nach Hitlers Selbstmord und seiner Ernennung zum „Reichspräsidenten“ durch Goebbels heißt es: „Gegen die Engländer und Amerikaner müssen wir solange weiterkämpfen, wie sie mich daran hindern, den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.“ In einer Note an den britischen Oberbefehlshaber Feldmarschall Montgomery vom gleichen Tage bot Dönitz an, als antisowjetischer Verbündeter die Fronten umzukehren. Doch damals lehnte der amerikanische Imperialismus ab. Dönitz' Absicht war jedoch nicht ohne realistisches Kalkül.



Links: „Bundes“-Wehrmacht rüstet für ein neues „Unternehmen Barbarossa“. Rechts: Helmut Kohl auf „Vertriebenentag“ 1984. Nachdem das ursprüngliche Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ weltweit und besonders in Polen zu Protesten geführt hatte, handelte er eine Steigerung der Losung aus. Er spricht im Juni auf der Tagung der faschistoiden „Schlesischen Landsmannschaft“ unter der Losung: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – im Europa freier Völker“. Zu ihrem „Lebensraum“ zählt die deutsche Bourgeoisie nicht nur die DDR, sondern auch polnisches Territorium... Hände weg von Polen, von allen Arbeiterstaaten!

Der militärische Vormarsch der Sowjetunion bei der Zurückschlagung der deutschen Wehrmacht erschreckte die Westalliierten. Der britische Premierminister Winston Churchill hatte, besorgt darüber, daß ein deutsches Machtvakuum von der Sowjetunion gefüllt werden könnte, bereits 1942 von den Westmächten verlangt, „nach dem Krieg eine Sperre gegen die kommunistische Barbarei“ aufzurichten. Die Politik der Westalliierten war darauf angelegt, die Sowjetunion auszubluten: Bereits nach dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion im Juni 1941 lautete die Antwort des späteren amerikanischen Präsidenten Harry Truman auf eine Frage der *New York Times* über die Haltung der USA: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, um sie auf diese Weise so viele wie möglich töten lassen.“

Die USA und Britannien verzögerten trotz ständigen sowjetischen Drängens den Aufbau der Stalin für 1942 versprochenen zweiten Front bis zum Juni 1944. Britannien erwog eine Invasion auf dem Balkan statt der Normandie, also in jene Gebiete, die die Rote Armee gerade einnahm. Die amerikanischen Rüstungslieferungen an die Sowjetunion begannen nur schleppend und erreichten nie mehr als zehn Prozent des sowjetischen Bedarfs. Das Vorrücken der Westalliierten auf Schleswig-Holstein vom April 1945

erfolgte explizit mit der Absicht, die Rote Armee zu stoppen.

Zweiter Weltkrieg: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Verteidigt die UdSSR!

Der Zweite Weltkrieg war, was die beteiligten kapitalistischen Länder angeht, ausnahmslos ein imperialistischer Krieg. Karl Liebknechts Worte über den Ersten Weltkrieg galten noch für die Arbeiter aller Länder: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Die Arbeiter aller Länder hatten im Zweiten Weltkrieg nur ein kriegführendes Land zu verteidigen: die Sowjetunion. Der deutsche Imperialismus strebte nach Welt Herrschaft, der amerikanische Imperialismus suchte weltweit den Platz des geschwächten britischen Imperialismus einzunehmen. Vom deutschen Imperialismus übernahm er dabei die „Politik der verbrannten Erde“, wie auch die späteren kolonialen Schlachtfelder, zum Beispiel Vietnam, deutlich machen.

vier Jahren faschistischer Barbarei in Rußland kostete sie 20 Millionen Tote! Drei Millionen Menschen starben allein in den ersten drei Monaten. Die stalinistische Politik hatte zu diesen verheerenden Verlusten beigetragen. Stalin vertraute auf seinen Pakt mit Hitler und schlug die Warnungen sowohl des Spionagenetzes „Rote Kapelle“ unter Leopold Trepper in Westeuropa wie die des Sowjetspions Richard Sorge in Japan über einen bevorstehenden deutschen Angriff in den Wind. Die Rote Armee, die im Bürgerkrieg gegen die weiße Konterrevolution 1917–21 heldenhaft gekämpft hatte, war in den stalinistischen Säuberungsaktionen ihrer fähigsten und erfährtesten Offiziere beraubt worden. Tausende wurden ermordet, unter ihnen Marschall Tuchatschewski, um jegliche Opposition gegen die bürokratische Herrschaft zu ersticken. Selbst der bedeutendste sowjetische Stratege im Zweiten Weltkrieg Schukow war damals gesäubert worden, doch dann wurde er aus Mangel an fähigen Offizieren wieder eingesetzt.

pen in der Normandie. Bis dahin hatten die Deutschen 95 Prozent ihrer Divisionen im Osten konzentrieren können, und zu keiner Zeit waren gegen die Rote Armee weniger als 65 Prozent der Wehrmacht im Einsatz.

Schließlich steckte hinter der Feuerbombardierung der mit Ostflüchtlingen überfüllten Stadt Dresden durch alliierte Bomber im Februar 1945 und erst recht hinter dem atomaren Massenmord in Hiroshima und Nagasaki im August 1945 vor allem die Absicht, die Sowjetunion einzuschüchtern. Die „Operation Thunderclap“, der im Flammenmeer von Dresden mehr als 35 000 Menschen zum Opfer fielen, war von militärischen Gesichtspunkten her ebenso unnötig wie das barbarische Kriegsverbrechen von Hiroshima und Nagasaki – die USA, denen es gelungen war, den japanischen Sicherheitscode zu knacken, wußten bereits, daß Japan zur Kapitulation bereit war und lediglich versuchte, nicht allzu demütigende Bedingungen zu erreichen.

Einzig die Sowjetunion und die DDR sehen heute einen Grund darin, den 8. Mai zu feiern. Bei der Gedenkfeier anlässlich der Zerstörung Dresdens zog Erich Honecker die Parallele von Hitlers Barbarei und dem Bombenterror von Dresden zu der Gefahr eines neuen von der NATO initiierten atomaren Kriegs. Man könne „nicht sagen, daß aus der Tragödie des Zweiten Weltkrieges überall die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen worden sind ... Selbst die Architekten eines ‚Krieges der Sterne‘ und ihre Arbeitsgruppen würden einen mit atomaren Mitteln entfesselten Krieg nicht überstehen“ (*Die Wahrheit*, 14. Februar). Aufgeschreckt durch die gegen die Arbeiterstaaten gerichteten rapide wachsenden Kriegsvorbereitungen versuchen die Stalinisten die alte Kriegsalianz wiederzubeleben. Doch selbst wenn es die Chance eines Gorbatschow-Reagan-Pakts gäbe, hätte dieser ebensowenig Bestand wie Stalins Pakt mit Hitler und würde – anstatt die UdSSR vor einem imperialistischen Angriff zu schützen – bei den sowjetischen Arbeitern und dem Proletariat in der ganzen Welt Demoralisierung und katastrophale Illusionen in den kapitalistischen Feind hervorrufen. Nicht Détente mit dem Imperialismus kann den Arbeiterstaat schützen, sondern nur die internationale Mobilisierung der Arbeiterklasse.

Schlachtruf der Kalten Krieger: „Umkehr von Jalta!“

1945 war eine Situation entstanden, in der die Sowjetunion zwar die meisten Siege errungen hatte, aber völlig ausgeblutet war. Der US-Imperialismus hatte im Krieg nicht mehr als 292 000 Mann verloren und die USA waren nie Kriegsschauplatz, sieht man von dem japanischen Überraschungsangriff auf den Hafen Pearl Harbor der amerikanischen Kolonie Hawaii ab. Er ging mit frischen Kräften als der eigentliche Sieger hervor.

In Jalta hatte die Sowjetunion im Februar 1944 von einer Position der Macht aus ver-

Fortgesetzt auf Seite 5

Die stalinistische Volksfrontmär vom „antifaschistischen Krieg der Demokratien“ diente nur dazu, die amerikanische und westeuropäische Arbeiterklasse an die eigenen Bourgeoisien zu ketten und hinsichtlich Deutschlands mit der These der „Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes“ den Verrat der KPD und der jämmerlichen SPD zu kaschieren, die kampflös vor dem Faschismus kapituliert hatten. Den gemeinsamen Kampf mit der starken deutschen Arbeiterklasse hatte Lenin als Ausweg für das Überleben der russischen Revolution angesehen. Doch das deutsche Proletariat war von seiner Bourgeoisie besiegt worden, und junge deutsche Arbeiter rückten, jetzt in Wehrmachtuniform gesteckt, gegen die Sowjetunion vor. Allein die Trotzlisten kämpften damals für die unabhängige Klassenpolitik Lenins und Liebknechts. Der Führer der amerikanischen Trotzlisten, James P. Cannon, erklärte am Vorabend seiner Inhaftierung wegen revolutionärer Agitation gegen den imperialistischen Krieg 1942:

„Wir schätzen den Krieg auf der Seite aller kapitalistischen Mächte – Deutschland und Frankreich, Italien und Großbritannien – als einen imperialistischen Krieg ein...“

Diese Charakterisierung des Krieges trifft nicht auf den Krieg der Sowjetunion gegen den deutschen Imperialismus zu. Wir machen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und ihren ‚demokratischen‘ Alliierten. Wir verteidigen die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat, obwohl degeneriert unter der totalitären Herrschaft der Kremlbürokratie. Nur Verräter können dem sowjetischen Arbeiterstaat die Unterstützung in seinem Krieg gegen das faschistische Deutschland verweigern. Die Sowjetunion zu verteidigen, trotz Stalin und gegen Stalin, heißt das nationalisierte Eigentum zu verteidigen, das durch die Oktoberrevolution errichtet worden ist. Das ist ein progressiver Krieg.“ („A Statement on the War“, *Fourth International*, Januar 1942, Hervorhebung im Original)

Sowjetunion schlägt Unternehmen Barbarossa zurück!

Es war die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte. Ihr Sieg nach fast

Und dennoch, trotz der Politik Stalins, schlugen die russischen Arbeiter das Unternehmen Barbarossa zurück. Leningrad trotzte 900 Tage der Belagerung. Über 800 000 Menschen erfroren, verhungerten oder starben bei der Verteidigung, doch es gelang den Nazis nicht, die Stadt einzunehmen. Es war entschlossener Wille der Sowjetbürger zur Verteidigung der Oktoberrevolution, die einen solchen hartnäckigen und mutigen Kampf ermöglichte. In einer der blutigsten Schlachten, als Haus für Haus, Fabrik für Fabrik um Stalingrad gekämpft wurde, gelang es den Sowjets schließlich, in die Offensive zu gehen. Im Februar 1943 kapitulierten dort die Deutschen unter General Paulus. Nach dem Sieg bei Kursk im Juli 1943 stürmte die Rote Armee weiter nach Westen. Ende Oktober 1944 war fast ganz Osteuropa durch die Rote Armee befreit.

Die Westalliierten waren zutiefst bestürzt: Der Einfluß der Sowjetunion mußte zurückgedrängt werden. Die Westfront wurde endlich errichtet und der Wettlauf um Berlin begann. Am 6. Juni 1944 landeten US-Trup-



KZ Auschwitz: Nach ihrer Ankunft werden Juden auf der Rampe „selektiert“, die Arbeitsunfähigen sofort vergast und in Verbrennungsöfen geschoben. Die Arbeitsfähigen wurden vom IG-Farben-Konzern (heute: BASF, Hoechst, Bayer Leverkusen) zur Sklavenarbeit eingesetzt

TLD-Veranstaltung

8. MAI 1945:

**DIE ROTE ARMEE
ZERSCHLUG
DAS NAZI-REGIME**

Mittwoch 15. Mai 1985, 19 Uhr,
Restaurant „Z“, Feldstr. 60,
2000 Hamburg 6, U-Bahn Messehallen

Für weitere Informationen:
(040) 31 46 56

Weg mit der Anklage gegen Fred Zierenberg! Verteidigt das Streikrecht!

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen VDO-Streikposten!

IG-Metall-Mitglied Fred Zierenberg ist im Zuge der Streiks für die 35-Stunden-Woche im letzten Sommer Zielscheibe eines gefährlichen gewerkschaftsfeindlichen Angriffs geworden. Sein „Verbrechen“: die Verteidigung des Streikrechts. Er wurde wegen Nötigung und Körperverletzung angeklagt. Dies ist die klassische Anklage, mit der Bosse und bürgerlicher Staat gegen gewerkschaftliche Streikposten vorgehen, wie auch bei zur Zeit laufenden Prozessen gegen Streikposten der IG Druck und Papier. Während alle Verfahren gegen Streikbrecher eingestellt wurden, selbst bei Mordversuchen an Streikenden, zielen die Verfahren gegen Streikposten darauf ab, sie wegen elementarer proletari-



Fred Zierenberg

Foto: Spartakist

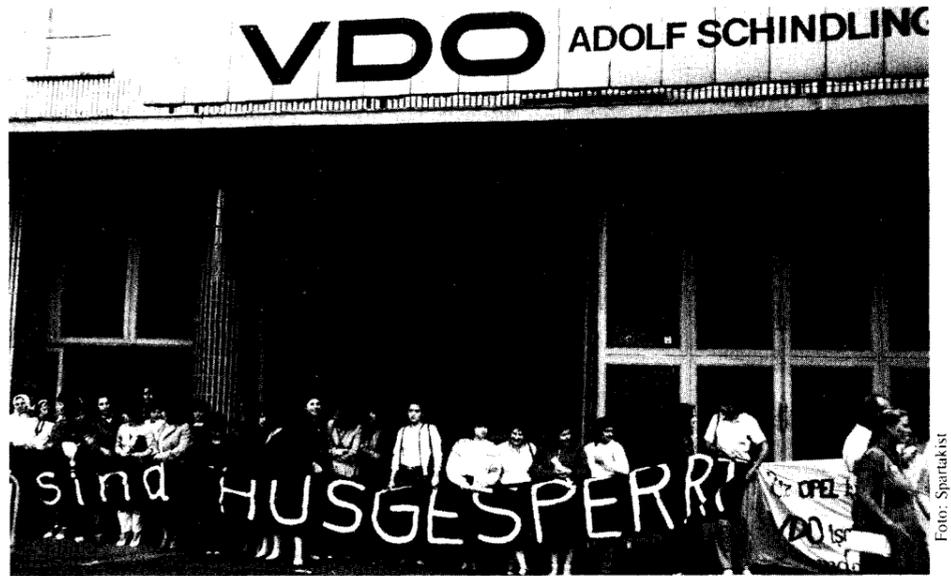
schers Selbstverteidigung hinter Gitter zu bringen. Die Frankfurter IG Metall hat die Verteidigung von Fred Zierenberg übernommen. Die vorgebrachte Anklage bedroht ihn mit Gefängnis bis zu drei Jahren! Für sofortige Einstellung des Verfahrens gegen den VDO-Streikposten!

Am 19. Juni letzten Jahres hatten 400 deutsche und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter des Metallbetriebs VDO in Frankfurt-Bockenheim die Werkstore mit Massen-

streikposten fünf Stunden lang dicht gemacht. Wie viele andere DGB-Gewerkschafter, die von der IG Metall mobilisiert waren, wurde Fred Zierenberg als Streikposten eingesetzt. Nachdem der Streikbrecher Grossner vergeblich versucht hatte, eine Gruppe von französischen Frauen als Streikbrecher in den Betrieb zu schleusen, lief er Amok und prügelte wild auf eine Streikpostenkette, vor allem Frauen, ein. Genosse Fred Zierenberg wehrte diesen Angriff ab. Ähnliches ereignete sich auch an den anderen Toren, denn die Bosse und ihre Lakaien versuchten alles, um die Streikpostenkette zu zerschlagen und die Produktion während des Streiks fortzusetzen.

Die VDO-Arbeiterinnen und -Arbeiter mußten sich militant verteidigen, um die Tore dicht zu halten. Personalleiter Hoffmann wiegelte vor allem die besser bezahlten männlichen Angestellten auf und versuchte selbst mit rassistischen Beschimpfungen und Drohungen insbesondere die ausländischen VDO-Streikposten einzuschüchtern. Ein Streikbrecher zückte sogar ein Messer, eine Arbeiterin wurde so verletzt, daß sie mit einem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Nach der Aktion forderte eine Ausgesperrten-Vollversammlung mehrheitlich die Abberufung der Manager Hoffmann und Gothe mit der Begründung: „Diese Herren schrecken nicht davor zurück, gegen Mitarbeiterinnen mit körperlicher Gewalt vorzugehen.“

Die Aussperrung bei VDO war Teil des IG-Metall-Streiks für die 35-Stunden-Woche, der im Mai und Juni letzten Jahres die gesamte westdeutsche Autoindustrie lahmgelegt hatte. Um die Belegschaft zu spalten, hatten die VDO-Bosse die überwiegend ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Produktionsbereich ausgesperrt. Die Massestreikposten vor den Toren von VDO verhinderten wenigstens am Morgen des 19. Juni, daß dort weitergearbeitet wurde. An diesem Morgen galt: *Streikpostenkette überquert*



19. Juni 1984, Frankfurt-Bockenheim: Streikposten überquert man nicht!

man nicht! Fred Zierenberg sowie andere Genossen der Trotzlistischen Liga Deutschlands, die an diesem Morgen mit Streikposten standen, waren bekannt durch den Verkauf des *Spartakist*, der dazu aufrief, den Metall- und Druckerstreik bis hin zum Generalstreik auszuweiten. Die Ausweitung des Streiks durch Aktionen wie bei VDO war eine Schlüsselfrage für den Sieg und hätte direkt die Frage der Macht gestellt.

Die VDO-Bosse haben von Anfang an hinter dem Versuch gesteckt, die Teilnehmer der Torblockade zu kriminalisieren. Nachdem ihre Drohbriebe und Schadenersatzforderungen am Widerstand der Arbeiter verpufften und ihr Märchen von den „gewalttätigen Chaoten“ von niemandem geglaubt wird, versuchen sie jetzt, sich wenigstens an Fred Zierenberg zu rächen. Dafür ließen sie den Streikbrecher Grossner die Lüge vom tätlichen Angriff auf ihn erzählen.

Die ganze Anklage hat offensichtlich die Gewerkschaften im Visier. Sie ist ein Angriff auf das Recht auf gewerkschaftliche Streikposten, auf das Recht gewerkschaftlicher Selbstverteidigung, auf das Streikrecht. Fred wird von der IG Metall verteidigt. Sein Anwalt Klaus Sturmfels hat beantragt, daß die Anklage nicht zugelassen wird. Die VDO-Bosse, Polizei und Staatsanwaltschaft dürfen damit nicht durchkommen. Das Verfahren mit beiden Anklagepunkten muß sofort eingestellt werden. Durch klassenkämpferische Verteidigungsmaßnahmen muß dieser Angriff zu Fall gebracht werden. Das ist die Sache aller klassenbewußten Gewerkschafter, Linken und allen, die das Streikrecht verteidigen. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

Schickt Protestschreiben an:
Amtsgericht, Abteilung 95
Postfach 21 52, 6000 Frankfurt 1

8. Mai...

Fortsetzung von Seite 4

handelt, doch in ihrem Glauben an die Möglichkeit einer friedlichen Détente mit dem Imperialismus diese weitgehend verspielt. In Jalta und später in Potsdam wurde der Großteil Deutschlands den Westalliierten zugesprochen, Griechenland dem Imperialismus preisgegeben und die stalinistisch dominierte Arbeiterbewegung Italiens und Frankreichs zu einer Politik des „nationalen Wiederaufbaus“ des Kapitalismus gezwungen. Die Auflösung der Komintern 1943, die ohnehin seit ihrem 5. Weltkongreß nur noch leblose Hülle gewesen war, sollte den Eintritt der Kommunisten in bürgerliche Regierungen begünstigen. Die Volksfrontpolitik, deren Zweck in der Unterordnung der Weltrevolution unter die Bedürfnisse eines angeblich in „einem Lande“ errichteten „Sozialismus“ besteht, konnte und kann die Sowjetunion nicht schützen. Tatsächlich verschaffte Jalta dem US-Imperialismus die Möglichkeit, von 1947/48 an einen Kriegskurs gegen die Sowjetunion zu betreiben, nachdem der Versuch der Vereinigten Staaten, sich mit Hilfe von Marshallplan-Krediten in Osteuropa und in der UdSSR einzukaufen, mißglückt war. Westdeutschland wurde als antisowjetisches Bollwerk aufgebaut, Westberlin war Basis für Sabotageakte der Organisation Gehlen (ehemals „Fremde Heere Ost“) in Ostdeutschland.

In einem Selbstverteidigungsreflex sah sich die Sowjetunion dazu gezwungen, weiter zu gehen als zunächst beabsichtigt

und das Entstehen von deformierten Arbeiterstaaten zu fördern. Die Ausweitung der Oktobererrungenschaften auf die osteuropäischen Länder, einstmalig verarmte und reaktionärste Völkergefängnisse, ist ein historischer Fortschritt, den das Weltproletariat gegen die NATO-Aggression verteidigen muß. Den Imperialisten hingegen sind diese Staaten ein Dorn im Auge. Die Sowjetunion habe Jalta ausgenutzt, ihre Truppen nicht abgezogen, klagen sie. „Umkehr von Jalta!“ heißt ihr Schlachtruf, sprich: Restauration kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

Heute rüstet der US-Imperialismus wieder zum Krieg. Die vom amerikanischen Kongreß gebilligten 1,5 Billionen Dollar für die Herstellung der MX-Raketen und die Weltraumwaffen sollen das geplante atomare Unternehmen Barbarossa vorbereiten. Doch Reagan hat den dafür notwendigen Frieden an der inneren Front, den Klassenfrieden, noch nicht erreicht. Die amerikanische Arbeiterklasse ist weder geschlagen noch kriegsbegeistert, nicht zuletzt wegen des noch immer anhaltenden sogenannten Vietnam-Syndroms. Denn 1985 kennt ein anderes Jubiläum: die Einnahme Saigons durch die Truppen der Vietkong vor zehn Jahren und die Entstehung eines Arbeiterstaates auch in Südvietnam. Vietnam war ein historischer Sieg, der dem internationalen Proletariat und dem Land der Oktoberrevolution eine Atempause verschaffte.

Westdeutscher Imperialismus – Hitlers Erben

Während in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, ehemalige Nazis

durch die Zerschlagung des Kapitalismus jegliche gesellschaftliche Grundlage für ein erneutes Emporkommen entzogen wurde und über 350 Nazi-Massenmörder zum Tode oder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurden, hatten die Nürnberger Prozesse 1945/46 und die anderen Kriegsverbrecherprozesse der Alliierten reinen Alibicharakter. Die Nazi-Prozesse der westdeutschen „Justiz“ waren vor allem ein Horror für die Opfer, die als Zeugen aussagten.

Prominente Ex-Nazis wie der Bankier Hermann Josef Abs, der in Jugoslawien in Abwesenheit zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, hatten schon bald die Fäden wieder in der Hand: Abs, unter Hitler einflußreiches Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, wurde Sprecher des Vorstands. Hitlers Wehrwirtschaftsführer Friedrich Flick, der Riesenprofite durch die Sklavenarbeit von 40 000 ausländischen Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen gemacht hat, wurde bereits 1950 aus der Haft entlassen (wo er zuvor schon Vorstandssitzungen abhalten konnte) und galt später als „Bonns ungekrönter Finanzminister“. Flick jr. behandelt die Bonner Regierungen und den Bundestag als Filiale seines Wirtschaftsimperiums, Vertreter von CDU/CSU, FDP und SPD schnarren gegen Barzahlung „Jawoll!“.

Ludwig Erhard, 1949 Wirtschaftsminister, ab 1963 Bundeskanzler und „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, war 1944 Autor einer im Auftrag der „Reichsgruppe Industrie“ vorgelegten Studie darüber, wie sich nach dem „Tag X“ die „Umgestaltung der sozialen und gesellschaftlichen Ordnung verhindern“ ließe.

Der amerikanische Imperialismus hatte gegen das Wiedereinsetzen ehemaliger Nazis in Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft nichts einzuwenden. Nur ein starker deutscher Kapitalismus konnte gegen die Sowjetunion nützlich sein. Und so wurde in Kauf genommen, daß die mächtigen alten Männer, jetzt im Gewand von Demokraten, wieder das Sagen hatten. Gerechtigkeit hätten die Opfer des Faschismus nur erfahren, wenn die Kriegsverbrecher und Nazimörder vor die Arbeitergerichte eines Sowjetdeutschland gestellt worden wären.

In den USA selbst fälschte die CIA an die 800 Akten und stellte Nazi-Spezialisten „Persilscheine“ aus, um ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auszuschlachten. Der Peenemünder „V 2“-Konstrukteur Werner von Braun war einer von 14 Wissenschaftlern, die 1947 noch als „US-Sicherheitsrisiko“ eingestuft und später von der CIA per Federstrich „entnazifiziert“ wurden. Das Geheimdienstsnetz „Fremde Heere Ost“ unter Wehrmachts-Generalmajor Reinhard Gehlen wurde nahtlos von der CIA übernommen, um seine Spionage- und Sabotagetätigkeit gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Die 1946 gegründete Organisation Gehlen wurde 1955 als Bundesnachrichtendienst vom westdeutschen Staat übernommen, Adenauers Staatssekretär Hans-Maria Globke, in der DDR als einer der Organisatoren des Völkermords an den Juden zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, schuf als Koordinator der Geheimdienste zusammen mit Gehlens „Org.“ das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Die Verfassung, für die die Kölner Trench-

Fortgesetzt auf Seite 8

Wir sind stolz darauf, die „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“ abdrucken zu können. Verfaßt von Kadern und Sympathisanten der trotzkistischen Bewegung, die das Konzentrationslager in Buchenwald überlebt hatten, ragt dieses programmatische Manifest weit gegenüber der chauvinistischen Welle im damaligen Nachkriegs-Deutschland heraus. Während KPD, SPD und bürgerliche Parteien und Politiker dafür sorgten, der „demokratischen, antinazistischen“ Bourgeoisie wieder Kredit unter der Arbeiterklasse zu verschaffen – exemplarisch dafür ist Emil Carlebachs Buchenwalder Volksfront-Komitee mit seiner Losung „Es lebe die deutsche Volksrepublik!“ –, sahen die Trotzkisten nur einen Weg zur Beseitigung von Faschismus und imperialistischem Krieg: die Machtergreifung des Proletariats. Weder Nazi-Folter noch stalinistische Verfolgung konnten den

destinierten Organisationsarbeit unter deutschen Arbeitern und Soldaten. Ihr internationalistischer Kampf machte die verstreuten trotzkistischen Zellen nicht nur zur Zielscheibe der Gestapo, sondern auch der Stalinisten. Marcel Beaufrère war typisch für diejenigen trotzkistischen Aktivisten, deren Untergrundarbeit von den Nazis mit Einkerkung in den Todeslagern bestraft wurde. Seit 1939, als er zum ersten Mal wegen „Provozieren von Ungehorsam in der Armee“ verhaftet wurde, immer wieder im Gefängnis, arbeitete Beaufrère eng mit Marcel Hic zusammen, dem es gelungen war, direkt vor den Nasen der Nazis regelmäßig *La Vérité* herauszubringen. Im September 1943 wurde Beaufrère damit beauftragt, die trotzkistische Zelle in der Bretagne zu leiten, wo die Untergrundzeitung *Arbeiter und Soldat* gedruckt und unter den deutschen Streitkräften verteilt wurde. Trotz wütender Unterdrückung (im Oktober 1943 faßte und erschoss die

zu werden. Er wollte sicher sein, nichts auszusagen, und er war die wichtigste Zielscheibe derjenigen, die das Verhör durchführten.“ Und Abraham Léon, der begabte Autor des nach wie vor maßgebenden Werkes über die jüdische Frage und der Führer der belgischen trotzkistischen Zelle in der Wehrmacht, wurde im Juni 1944 festgenommen, als er in dem Gebiet von Charleroi ankam, um die Kontrolle der klandestinen Arbeit unter den Bergarbeitern in die Hand zu nehmen, die etwa 15 Bergwerke erfaßte und die Herausgabe von *Le Réveil des Mineurs* einschloß. Nachdem er von der Gestapo gefoltert worden war, wurde Léon im Alter von 26 Jahren in einer Gaskammer in Auschwitz umgebracht. Trotz des Naziterrors bemühten sich die Trotzkisten in den Konzentrationslagern, den Kampf für ihr revolutionäres Programm fortzuführen. Mehrere Berichte bezeugen das Heldentum und den Mut der trotzkistischen Zelle in Buchenwald. Als die Nazis Vorbereitungen trafen, um Buchenwald vor den herannahenden alliierten Truppen aufzugeben, verbreiteten die Lagerkommandanten (laut einem Interview, das Beaufrère

sation (Parti Communiste Internationaliste), der „verschwand“, nachdem durch einen von Stalinisten organisierten Angriff etwa 80 Résistance-Kämpfer aus Puy, einem Nazi-Lager in Frankreich, befreit worden waren. In Buchenwald benutzten die französischen Stalinisten ihre Posten als Kapos in der Lagerverwaltung dazu, Beaufrère für eine Aufgabe einzuteilen, die beinahe mit Sicherheit zu seinem Tod geführt hätte. Beaufrère wurde durch die aktive Solidarität der deutschen und der tschechischen stalinistischen Zellen vor diesem „Todesurteil“ gerettet und gewann schließlich auch die Unterstützung der anderen Zellen (die nach nationaler Zugehörigkeit organisiert waren), einschließlich der russischen Gruppe. Was es Beaufrère ermöglichte, die Sympathie und den Respekt dieser stalinistischen Kader zu gewinnen, war in keinem geringen Maß die antichauvinistische Haltung der Trotzkisten. Viele der deutschen und der österreichischen Stalinisten wurden offensichtlich vom antideutschen Chauvinismus ihrer „Genossen“ aus der französischen KP abgestoßen. (Zur Zeit der alliierten „Befreiung“ Frankreichs trug *L'Humanité* Schlagzeilen wie „Jedem seinen Boche!“ –

Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds



Häftlinge im Buchenwalder KZ jubeln über ihre Befreiung

mutigen revolutionären Standpunkt der Genossen zerbrechen. Die Erklärung wurde etwas mehr als eine Woche nach der Befreiung Buchenwalds im April 1945 verfaßt. Ihr dritter Abschnitt wurde 1946 in einer Ausgabe des *Neuen Spartakus*, der ersten deutschsprachigen trotzkistischen Publikation nach dem Krieg, veröffentlicht. Die Einleitung basiert hauptsächlich auf Vorreden zu dem Text, die im *CERMTRI Bulletin* und in *Critique Communiste* erschienen sind. Die „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten von Buchenwald“ war das gemeinsame Werk von vier Genossen: der beiden Österreicher Ernst Federn und Karl Fischer sowie von Marcel Beaufrère und Florent Galloy, eines französischen und eines belgischen Trotzkisten. Wie viele andere deutsche und österreichische Trotzkisten wurden Federn und Fischer noch vor dem Ausbruch des zweiten imperialistischen Krieges von den Nazis gefangengesetzt. Beide wurden zuerst für ihre revolutionären Aktivitäten in Österreich im Jahre 1935 verhaftet; Federn wurde freigelassen, aber Fischer und andere österreichische Trotzkisten wurden eingesperrt und 1937 in Wien vor Gericht gestellt. Nachdem sie zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt worden waren, kamen sie bei der Amnestie, die unmittelbar vor der deutschen Annexion Österreichs im Februar 1938 verkündet wurde, frei und flüchteten nach Belgien und anschließend nach Frankreich. Federn wurde 1938 wieder verhaftet, in das Konzentrationslager bei Dachau geschickt und dann nach Buchenwald gebracht. Viele der trotzkistischen Kader, die sich später Federn in Buchenwald anschließen sollten, verbrachten die ersten Jahre des Krieges während der Nazi-Okkupation mit klan-

Gestapo etwa 65 Mitglieder der Zelle, einschließlich 30 deutscher Soldaten und Matrosen) wurde weiterhin deutschsprachige trotzkistische Propaganda in großer Menge (mit Auflagen bis zu 10 000 Exemplaren) und noch bis zu einem so späten Zeitpunkt wie August 1944 verbreitet. Beaufrère wurde schließlich im Oktober 1943 verhaftet, gefoltert und dann nach Buchenwald gebracht. Viele der trotzkistischen Militanten, die sich an dieser Arbeit aktiv beteiligt hatten, lebten nicht mehr, um noch das Dokument der Buchenwalder Genossen lesen zu können. Marcel Hic überlebte Buchenwald nur, bis er 1944 in Dora umkam. Robert Cruau, der 23jährige Militante, der die trotzkistische Zelle in der Wehrmacht in Brest leitete, wurde 1943 verhaftet und laut der Einführung von Rodolphe Prager in *Critique Communiste*: „Kurz nach seiner Verhaftung täuschte Robert Cruau eine Flucht vor, um getötet

im Januar 1979 einem Vertreter der internationalen Spartacist Tendenz gab) über die Lautsprecheranlage den Befehl an die jüdischen Häftlinge, sich zu versammeln. Da Beaufrère und seine Genossen erkannten, daß ein letztes Zusammentreiben und dann die Ermordung der jüdischen Insassen mit größter Wahrscheinlichkeit bevorstanden, begannen sie sofort, auf die Insassen einzuwirken, sich nicht zum Sammeln zu melden. Sie veranlaßten die politischen Gefangenen, ihre roten Abzeichen den Juden zu geben, die einen gelben Stern an ihrer Häftlingskleidung tragen mußten. Eine beinahe sichere Massenabschlachtung von Juden (und vielleicht auch von Kommunisten) wurde damit teilweise abgewendet. Das politische Ansehen, das die Internationalistischen Kommunisten im Lager gewannen, spielte für ihr Überleben eine große Rolle. Wie es auch in anderen Lagern der Fall war, lebten die Trotzkisten in Buchenwald unter ständiger Morddrohung durch die Stalinisten, die in den meisten Fällen die geheimen militärischen Apparate kontrollierten, die in einigen Lagern gebildet worden waren. Laut dem Interview mit Beaufrère erkannte ihn die französische stalinistische Zelle in Buchenwald bei seiner Ankunft im Januar 1944 als Trotzkisten und schwor, ihn zu töten. Andernorts wurden tatsächlich Trotzkisten von den Stalinisten ermordet – zum Beispiel Pietro Tresso (Blasco), ein Führer der geheimen trotzkistischen Organi-

chauvinistisches Schimpfwort für Deutsche) Nach seiner Ankunft in Paris 1945 schilderte Beaufrère für die französische trotzkistische Presse die Wirkung der Buchenwalder Erklärung auf die deutschen Stalinisten: „Einige alte deutsche Kommunisten suchten unsere trotzkistischen Genossen (in Buchenwald) auf, erzählte Beaufrère bei seiner Rückkehr nach Paris, und sagten zu ihnen, die Stunde ist gekommen, ihr müßt euch öffentlich zeigen, und sie baten um eine vorbereitende politische Diskussion. Ein Text unserer deutschen Genossen, der unsere Position für eine deutsche Sowjetrepublik verkündete, hatte eine tiefe Wirkung auf die deutschen kommunistischen Genossen, die darum baten, mit den Trotzkisten in Kontakt bleiben zu können.“ (*La Vérité*, 11. Mai 1945, zitiert nach *Critique Communiste*, November 1978) Die Buchenwalder Erklärung ist nicht ohne Schwächen. Vom Standpunkt des Trotzkismus enthält das Manifest Formulierungen über die Frage der UdSSR und der Vierten Internationale, die unklar bis schlicht doppeldeutig sind. So wird zwar auf die Sowjetbürokratie als eine Kaste Bezug genommen, die Erklärung vermeidet es jedoch, die UdSSR als einen degenerierten Arbeiterstaat zu charakterisieren. Sie setzt ganz explizit ein Fragezeichen über die zukünftige Entwicklung des Regimes und ruft an keiner Stelle zur bedingungslosen militärischen Verteidigung der UdSSR auf. Ebenso erscheint zwar „IV. Internationale“ am Ende des Dokuments in Klammern, aber die Vierte Internationale und der Trotzkismus werden im Text nicht erwähnt. Vielmehr wird in der Erklärung festgestellt, daß „eine neue revolutionäre Weltpartei“ erst geschaffen werden muß. Das waren keine hastigen Formulierungen, sondern das Ergebnis vieler Diskussionen. Beaufrère und Fischer hatten stark voneinander abweichende Positionen zum Klassencharakter der UdSSR sowie zur Vierten Internationale. Noch vor dem Krieg hatte Fischer eine „Staatskapitalismus“-Analyse der UdSSR angenommen, und seine Gruppe hatte sich zunehmend von der Vierten Internationale entfernt. Die Buchenwalder Deklaration stellte



Abraham Léon, jüdischer Trotzkist, mit 26 Jahren in Auschwitz ermordet Rechts: trotzkistische Untergrundzeitung



einen Kompromiß dar. Karl Fischer erklärte in einem Brief vom 29. Mai 1946 an seine Genossen in Paris:

„Sie wurde von Federn, Marcel Beaufrère, Florent Galloy und mir gemeinsam verfaßt. In bezug auf Rußland und die Trotzisten mußte ich einen Kompromiß eingehen, sonst wäre gar nichts dabei herausgekommen.“ (zitiert nach *Bulletin des CERMTRI*, Nr. 10, Centre d'Etudes et de Recherches sur les Mouvements Trotskyste et Révolutionnaires Internationaux)

Es sollte ebenfalls festgehalten werden, daß

die Erklärung recht kategorisch den nahe bevorstehenden Ausbruch heftiger innerimperialistischer Rivalität zwischen den USA und Britannien vorhersagt. Eine derartige Erwartung erwies sich natürlich sehr bald als falsch. Allerdings waren die entsprechenden Fragen nicht neu; bereits in der Mitte der zwanziger Jahre analysierte Trotzki die Grundlagen für die künftige anglo-amerikanische innerimperialistische Rivalität. Aber bei Ausgang des Zweiten Weltkrieges erhoben sich die USA klar als die imperialistische Hegemonialmacht.

Selbst mit diesen Schwächen ist die Buchenwalder Erklärung alles in allem eine prinzipielle und machtvolle Darlegung des revolutionären Internationalismus, eine Bestätigung des revolutionären Optimismus in die Fähigkeit der kommunistischen Avantgarde, das sich von neuem erhebende Proletariat aus seiner Führungskrise heraus und zur Eroberung der Macht zu führen.

Nach Spartacist Nr. 26, englischsprachige Ausgabe, Winter 1979



Von links nach rechts: Ernst Federn, Karl Fischer, Marcel Beaufrère. Jahrelange Folter der Nazis und stalinistische Verfolgung konnte den internationalistischen revolutionären Mut der Genossen nicht zerbrechen

1. Die internationale Lage des Kapitalismus.

Mit dem Ausgang des 2. imperialistischen Krieges verlieren Italien, Deutschland und Japan ihre Stellung als imperialistische Großmächte, während die Frankreichs schwer erschüttert sind.

Die imperialistischen Gegensätze und Konflikte zwischen den USA und Großbritannien beherrschen die Wetterzonen der imperialistischen Weltpolitik.

Rußland trat mit Beginn dieses Weltkrieges aus seiner Isolierung heraus und steht heute vor der Aufgabe, seine militärischen Erfolge gegen die Bestrebungen der imperialistischen Siegermächte politisch und ökonomisch zu verwirklichen.

Trotz seiner ungeheuren Anstrengungen bleibt China ein Objekt der imperialistischen Großmächte, eine notwendige Folge des Sieges der chinesischen Bourgeoisie über das chinesische Proletariat. Die auf den internationalen imperialistischen Friedenskonferenzen demonstrativ hervorgekehrte Einmütigkeit soll die Massen über die immanenten Gegensätze der kapitalistischen Mächte täuschen. Die gleichlaufenden militärischen Interessen gegen Deutschland können aber den Ausbruch der Gegensätze im alliierten Lager nicht verhindern. Zu diesen Gegensätzen kommen hinzu die unvermeidlichen Krisen und sozialen Erschütterungen der untergehenden kapitalistischen Produktionsweise.

Eine genaue Analyse der internationalen Lage mit den Methoden des Marxismus-Leninismus ist die unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche revolutionäre Politik.

2. Die internationale Lage der Arbeiterklasse.

Diese Entwicklung ermöglicht dem deutschen Proletariat in kurzer Zeit aus der tiefsten Niederlage wieder aufzusteigen und sich erneut an die Spitze des europäischen Proletariats zum Kampf für die Niederwerfung des Kapitalismus zu stellen. Durch das Scheitern

der Revolution in Europa isoliert, hat die russische Revolution eine Entwicklung genommen, die sie von den Interessen des europäischen und internationalen Proletariats immer mehr und mehr entfernt hat. Die Politik des „Sozialismus in einem Lande“ vertrat vorerst nur die Interessen der herrschenden bürokratischen Clique und führt heute dazu, daß der russische Staat Schulter an Schulter mit den imperialistischen Mächten eine Politik des Nationalismus betreibt. Welche Entwicklung auch immer in Rußland eintreten mag, das internationale Proletariat muß sich frei machen von jeder Illusion über diesen Staat und sich durch eine klare marxistische Analyse zur Erkenntnis durchringen, daß die heute regierende Bürokraten- und Militärkaste ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgt und die internationale Revolution auf jede Unterstützung von seiten dieser Regierung verzichtet muß.

Der vollkommene militärische, politische und ökonomische Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie eröffnet dem deutschen Proletariat den Weg zu seiner Befreiung. Um den, durch die imperialistischen Gegensätze begünstigten Wiederaufstieg der deutschen Bourgeoisie zu verhindern und die Arbeitermacht zu errichten, bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse jedes Landes gegen seine eigene Bourgeoisie. Durch die Politik der beiden internationalen Arbeiterorganisationen, die die proletarische Revolution, welche allein diesen Krieg hätte verhindern können – aktiv bekämpft und sabotiert haben, wurde die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Führung beraubt. Die 2. Internationale ist ein Instrument der Bourgeoisie. Die 3. Internationale hat sich seit dem Tode Lenins zu einer Agentur der Außenpolitik der russischen Bürokratie entwickelt. Beide haben sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung dieses imperialistischen Krieges beteiligt und sind daher mitverantwortlich. Der deutschen und internationalen Arbeiterklasse die Schuld oder Mitschuld an diesem Krieg aufzubürden heißt nichts anderes, als weiter der Bourgeoisie zu dienen.

Das Proletariat kann seine historische Aufgabe nur unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei erfüllen. Diese Partei zu schaffen ist die allernächste Aufgabe der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen den Kapitalismus und seine reformistischen und stalinistischen Agenten haben sich bereits internationale revolutionäre Kader für den Aufbau dieser Weltpartei zusammengeschlossen. Zur Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe kann es kein Ausweichen in die versöhnlichere Losung einer neuen Internationale 2 1/2 geben. Ein solches Zwischenglied verhindert die nötige ideologische Klärung und hemmt die revolutionäre Schlagkraft.

3. Nie wieder einen 9. November 1918!

In der bevorstehenden vorrevolutionären Periode gilt es die werktätigen Massen im

Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale vorzubereiten, die die Einheit der Arbeiterklasse in der revolutionären Aktion verwirklichen wird.

Alle Theorien und Illusionen über einen „Volksstaat“, „Volksdemokratie“ haben im Verlaufe der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist instand, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Formierungen erkämpfen:

Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit!

Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933!

Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen!

Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten der Opfer des Faschismus!

Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgerichte!

Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!

Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!

Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte!

Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes!

Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!

Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!

Die Bourgeoisie muß zahlen!

Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!

Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!

Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!

Für die proletarische Weltrevolution!

Die Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (4. Internationale) 20. April 1945.

Vietnam . . .

Fortsetzung von Seite 12

Volk bekämpfen sollten, ein bewaffnetes Volk im Krieg für nationale Befreiung und Sozialismus. Eine Generation der amerikanischen Jugend sah das wahre Gesicht dieses rassistischen, kapitalistischen Systems, seine arrogante, blutrünstige Barbarei.

Aber alle faden „linken“ Apologeten der Demokratischen Partei benutzen eifrig den Slogan eines Teils der amerikanischen herrschenden Klasse: „Keine weiteren Vietnams“ – das bedeutet keine weiteren demütigenden Niederlagen für den Imperialismus – keine verlorenen Kriege. Es ist ein bewußt konterrevolutionärer Ruf. Als Marxisten antworten wir: „Lang lebe der Sieg der vietnamesischen Revolution! Zwei, drei, viele Niederlagen für den US-Imperialismus!“

Der Sieg der vietnamesischen Arbeiter und Bauern war unser Sieg, ein Sieg aller Gegner von Ungerechtigkeit und Klassenausbeutung überall in der Welt. Ihr heroischer Sieg über die Kriegsmaschine der USA stoppte deren blutige Hände für ein Jahrzehnt, und das verschaffte Zeit für wichtige Siege anticolonialer Aufstände in Angola und Nicaragua. Aber das imperialistische Monster tobt wieder: In seinen Kriegsgelüsten gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten marschiert Reagan dem nuklearen Holocaust entgegen.

Diejenigen, die gegen den Terror der Todesschwadronen in El Salvador, gegen die Morde der CIA-unterstützten Contras in Nicaragua kämpfen wollen, müssen aus dem Vietnamkrieg lernen, daß es keine „politische Lösung“ gibt, keinen „mittleren Weg“ zwischen Kapitalismus und sozialer Revolution; nur die internationale Ausweitung von Klassenkampf, der auf die Machtergreifung zu steuert, kann die imperialistisch gesteuerte Konterrevolution verhindern. Eine Bewegung gegen den imperialistischen Krieg, die sich an irgendeinen Flügel des Imperialismus bindet, kann nicht siegen. Es bleibt heute die Aufgabe, eine wirkliche antiimperialistische Bewegung aufzubauen, die sich auf die internationale Arbeiterklasse orientiert, um die Unterdrückten zum Sieg zu führen.

Durch die Revolution wurde in Vietnam eine Gesellschaft wie die der Sowjetunion errichtet, in der der Kapitalismus gestürzt wurde, aber eine privilegierte Kaste, die Bürokratie, die politische Herrschaft über die Arbeiter ausübt. Die Jugendlichen, die heute nach einem marxistischen Verständnis suchen, nach einem Programm, das sie bei dem Kampf, die Welt zu verändern, leiten kann, haben von dem unbeugsamen revolutionären Willen der vietnamesischen Kämpfer eine Menge zu lernen. Aber diese Jugendlichen müssen auch die bitteren Früchte des Stalinismus verstehen – die nationalstalinistische Ideologie einer bürokratischen Schicht, die „friedliche Koexistenz“ mit der kapitalistischen Reaktion sucht – heute besonders grotesk ausgedrückt in der obszönen konterrevolutionären Allianz Chinas mit dem US-Imperialismus gegen die UdSSR und Indochina. Für die politische Revolution des Proletariats zur Zerschlagung der stalinistischen Bürokratien, um Massenorgane der Arbeiterdemokratie zu errichten und den Weg zum Sozialismus zu öffnen!

Trotz enormer Armut hat Vietnam heute große Schritte vorwärts geschafft: eine wirkliche nationale Wiedervereinigung vollbracht, die Selbstversorgung mit Lebensmitteln wiedergewonnen, das durch vier Jahrzehnte imperialistischer Angriffe verwüstete Land wiederaufgebaut; das alles beharrlich trotz internationaler rachsüchtiger Blockade des Außenhandels und der Verweigerung technischer Hilfe. Kürzlich konnten vietnamesische und kampucheanische Streitkräfte die letzten Nester der CIA-unterstützten Konterrevolutionäre, die für eine Rückkehr der völkermörderischen Pol-Pot-Clique kämpfen, aus Kambodscha vertreiben. Heute, zehn Jahre nach der Befreiung Saigons, feiern wir diese Siege, und kämpfen hier, im Bauch des imperialistischen Monsters, für eine Arbeiterregierung – unter dem trotzkistischen Banner der internationalen sozialistischen Revolution.

Gekürzte Übersetzung aus der Zeitung der Spartacus Youth League/U.S., Young Spartacus Nr. 126, April 1985

SPARTACIST 4

BESTELLT!

DM 2.-

Im Abonnement des Spartakist enthalten DM 8,50

Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 1 19 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

8. Mai...

Fortsetzung von Seite 5

coat-Männer bespitzeln und verfolgen, erhebt für die Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgestaat des „Dritten Reichs“ einen Rechtsanspruch auf Deutschland in den Grenzen von 1937 (das heißt in den Grenzen, die das ehemalige Pommern, Schlesien und Ostpreußen einbeziehen, also einen guten Teil von Polen!), und erkennt der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft ab. Wenn Ottfried Henning, Sprecher der „Ostdeutschen Landsmannschaft“ und Parlamentarischer Staatssekretär des „Bundesministeriums für innerdeutsche Angelegenheiten“, fordert: „Ostpreußen gehört zu Deutschland!“, zieht er nur eine logische Konsequenz, die die Bundesregierung so unverhüllt normalerweise nicht ausspricht.

40 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus muß es deren Opfer und die deutsche Arbeiterklasse mit besonderer Wut erfüllen, daß sich Faschisten der „Leibstandarte Adolf Hitler“ (Waffen-SS) in Nesselwang vom 2. bis 12. Mai zusammenrotten wollen, geschützt von bayrischen Polizisten und Bundesgrenzschutz. Jeder, der verhindern will, daß sich der Massenterror der Nazis wiederholen kann, muß dazu beitragen, das Auftreten dieser Mörderbande von Anfang an zu verhindern. Das ist vor allem Aufgabe der Gewerkschaften, der deutschen und ausländischen Linken, der gesamten Arbeiterbewegung gemeinsam mit den jüdischen Glaubensverbänden.

In Kohls „Bericht zur Lage der Nation“ am 27. Februar fand die Sowjetunion nur indirekt Erwähnung, als Urheber der „Unfreiheit“ in Europa. Er möchte im Mai lieber die 30jährige NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands feiern, die für ihn „eine Wertentscheidung für das Europa des Christentums und der Aufklärung, der sozialen Gerechtigkeit und des Rechtsstaats“ ist. Mit gleicher Heuchelei soll rechtzeitig vor dem 8. Mai ein Gesetz den Bundestag passieren, das die „Auschwitz-Lüge“ unter Strafe stellt – eine ungeheuerliche Obszönität der deutschen Bourgeoisie, die selbst für den millionenfachen faschistischen Völkermord verantwortlich ist. 1969 sprach Strauß aus, was diese „Vergangenheitsbewältiger“ denken: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen!“

lich plus fünfzehn Jahren (!) verurteilt. Im Kampf gegen Hitlers Nachfolgestaat muß die Verteidigung und Er kämpfung demokratischer Rechte für die eingewanderten Arbeiter, Asylanten und die Verteidigung der Linken eine zentrale Rolle spielen.

SPD-Nationalismus: Roll-back im Friedenskostüm

40 Jahre nach Kriegsende ist der US-Imperialismus nur noch Primus inter pares, die innerimperialistische Konkurrenz eskaliert zu Handelskriegen. Und die Differenzen zwischen den NATO-Waffenbrüdern haben zugenommen. Differenzen besonders auch über die Frage, wie die Sowjetunion zerstört werden soll. Grundlage für den „Europazifismus“ ist die Furcht vor einem atomaren Schlachtfeld Europa. In Westdeutschland hat die einst vom CIA ausgehaltene SPD ihren Herrn gewechselt zurück zu einer Agentur des wieder erstarkten deutschen Imperialismus. Ihr Weg ist nicht der offene Revanchismus, dessen kriegerischer Kurs für Westdeutschland jetzt nur zu einer Niederlage und atomaren Katastrophe führen würde.

Die Sozialdemokratie will die Dominanz des deutschen Imperialismus über Osteuropa zurückgewinnen; sie betreibt die Vernichtung des ostdeutschen und polnischen Arbeiterstaats durch wirtschaftliche Unterminierung und Unterstützung der inneren Konterrevolution durch die von der evangelischen Kirche beherrschten ostdeutschen „Friedensbewegung“ oder der (heute am Boden liegenden) gelben „Gewerkschaft“ Solidarność.

Der „linke“ Nationalismus der SPD ist eine Falle für die deutsche Arbeiterklasse. Während jedermann weiß, daß CDU und CSU von ehemaligen Nazis durchsetzt sind, gibt sich die Sozialdemokratie als Saubermann-Partei. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bietet sich als ehemaliger antifaschistischer Widerstandskämpfer als die geeignetste Figur an, um die deutsche Arbeiterklasse mit ihrer Bourgeoisie auszusöhnen. Am deutlichsten bringt der als Friedenskandidat im Saarland so erfolgreiche Oskar Lafontaine das SPD-Konzept „im deutschen Interesse“ zum Ausdruck: mehr Autonomie innerhalb der NATO, keine weiteren Atomraketen, sondern eine starke Bewaffnung der Bundeswehr. Der alte Nationalismus ist tot, es lebe der neue. Am 7. Mai will die SPD in Nürnberg

neuen Unternehmen Barbarossa nicht schutzlos preisgegeben sind. Doch letztendlich können die Arbeiterstaaten von der DDR bis zur Sowjetunion nur wirksam verteidigt werden durch die sozialistische Revolution im Westen und den Sturz der von der Détente geblendeten Bürokratenkaste im

persönlich: Seine Managerkarriere begann im besetzten Polen, die SS lieferte ihm Arbeitsklaven aus den KZs. Auf der Suche nach einem „nationalen Kompromiß“ gegen Weltraumwaffen“ versucht die DKP den Nationalismus von SPD und Grünen noch zu überbieten.



8. Mai: Ein Feiertag für die Arbeiterklasse. Für die deutsche Bourgeoisie ein Tag der Schmach und der Niederlage, die sie wieder rückgängig machen möchte



Osten, durch die Strategie der internationalen proletarischen Revolution.

Linke Helfershelfer der SPD-Politik

Westdeutschlands Linke schwimmt im sozialdemokratischen Fahrwasser. Die Grünen fordern von Kohl für den 8. Mai einen Besuch in Auschwitz und leisten so ihren Beitrag zum Reinwaschen des deutschen Imperialismus. In ihrer kleinbürgerlichen Geschichtsblindheit verlangen die Grünen sogar von der DDR, Verantwortung für das Nazi-Regime zu übernehmen. In der Bundestagsdebatte zur „Lage der Nation“ gingen sie über die SPD-Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nur insoweit hinaus, als daß sie ihre Forderung nach einem Friedensvertrag wiederholten. Die Spaltung Deutschlands und der deutschen Arbeiterklasse soll damit festgeschrieben werden, anstatt deren Kraft im Kampf für ein sozialistisches Europa freizusetzen.

Die Grünen posieren als Friedenswächter. Aber die von ihnen bejubelte und unterstützte „Friedensbewegung“ in der DDR wie die von ihnen geliebte konterrevolutionäre Solidarność in Polen agieren für die ökonomische, politische und militärische Entwaffnung der Arbeiterstaaten vor dem Imperialismus. Eine „friedliche“ Konterrevolution kann es nicht geben, die Marschkolonnen der neuen deutschen Wehrmacht würden wieder versuchen, durch den „polnischen Korridor“ nach Moskau zu marschieren – ein Marsch in den nuklearen Holocaust für die ganze Menschheit.

Am 4. Mai werden in Bonn Grüne, Autonome, Maoisten und Pseudotrotzkisten (GIM) gegen den Reagan-Besuch und den imperialistischen Weltwirtschaftsgipfel demonstrieren – eine weitere antiamerikanische und antisowjetische Demonstration des neuen deutschen Nationalismus. Sogar der DKP-Wahlfront „Friedensliste“ wurde die Teilnahme verweigert. Doch die von der DKP und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) organisierten Demonstrationen anlässlich des 8. Mai in Köln, Hamburg und Frankfurt/Main sind keine Alternative.

Die DKP-geführte „Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“ erwähnt im Demonstrationsaufruf die Sowjetunion mit keinem Wort und verbreitet stattdessen das Ammenmärchen, die „Armeen der Anti-Hitler-Koalition“ hätten den Faschismus zerschlagen. Die moskauorientierte DKP unterstützt schließlich in ihrem Bemühen, sich an SPD, Grüne und „Friedens“bewegung bis zur Selbstverleugnung anzuhängen, bereits die Forderung nach „Abrüstung in Ost und West“. Selbst der ehemalige Krupp-Generalbevollmächtigte Berthold Beitz ist der DKP heute bei „Friedens“demonstrationen als Redner erwünscht. In der *Deutschen Volkszeitung* vom 5. April prangt auf der Titelseite die „Einladung von Beitz“ von Chefredakteur Franz Sommerfeld. Er agitiert dafür nach innen: „Die Linke ist bereit, ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zurückzustellen; sie braucht die Zusammenarbeit mit der anderen Seite nicht zu fürchten.“ Die andere Seite ist die Seite der Bourgeoisie; Beitz repräsentiert ihre blutige Rolle sogar

Eine wirklich gegen den Weltwirtschaftsgipfel gerichtete Demonstration müßte die Verteidigung der DDR, Polens, der Sowjetunion und der anderen Arbeiterstaaten zur Grundlage haben und als Weg dazu die Perspektive des Klassenkriegs gegen die eigene Bourgeoisie; das heißt Kampf gegen die sozialdemokratische Illusion vom Klassenfrieden.

Die Macht der deutschen Arbeiterklasse wurde eindrucksvoll bei den Streiks für die 35-Stunden-Woche unter Beweis gestellt, trotz aller Abwiegelei ihrer sozialdemokratischen Führung. Die Arbeiterklasse muß im Kampf von dieser Führung gebrochen werden. Dazu muß eine revolutionäre Partei aufgebaut werden mit einer internationalen Perspektive, die sowohl dem „linken“ Nationalismus der sozialdemokratischen „Friedens“bewegung wie dem rechten Revanchismus und Faschismus entschieden entgegentritt. Die Trotzistische Liga Deutschlands kämpft für den Aufbau einer solchen Partei. Eine entscheidende Frage ist dabei die Verankerung unter den aus Südeuropa und Asien eingewanderten Arbeitern.

Unser Programm ist das der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Wer wie die Grünen und anderen „Linken“ verbreitet, die deutsche Frage ließe sich unter Beibehaltung des Kapitalismus in Westdeutschland lösen, trägt mit dazu bei, einen neuen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Westdeutschland ist heute das drittstärkste Industrieland der Welt, die sowjetischen Befürchtungen vor einem neuen deutschen Revanchismus sind nur zu berechtigt. Gemeinsam mit dem Industriepotential der Nummer zwei im Ostblock, der DDR, wäre ein vereinigtes sozialistisches Rätedeutschland Motor des sozialistischen Aufbaus in Europa. Die rote Fahne, die am 1. Mai 1945 vom Reichstag in Berlin wehte, muß über ganz Europa wehen – als Fanal für die Weltrevolution, für eine sozialistische Zukunft, in der Völkermord und Krieg ein für alle Mal beseitigt sein werden. Dafür kämpfen wir! ■



Deutsche Arbeiterklasse: Schlüssel für ein revolutionäres Europa

Doch strafbar soll nicht nur die Leugnung der Auschwitzmorde sein, sondern zugleich die der Verbrechen „einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft“, gemeint ist der Kommunismus. Das ist das wahre Gesicht des imperialistischen Westdeutschlands. Seine Aufgabe ist es, die „freiheitliche Demokratie“ des Kapitals als antisowjetisches Bollwerk zu verteidigen, und zwar nach innen wie nach außen. Ein gelegentlicher Schlag nach rechts dient nur als Alibi, um umso kräftiger gegen links auszuholen. Chauvinistische Hetze, Terror gegen Immigranten und die Abschiebung von Asylanten in die Hände blutrünstiger Diktatoren von Sri Lanka bis zur Türkei reihen sich hier ebenso ein wie die brutale Verfolgung und Isolationshaft der RAF-Gefangenen.

Während der Frankfurter Prozeß gegen Michael Kühnen im Januar diesem Neonazi-Führer als Propagandaforum diente, seine Verurteilung zu drei Jahren Haft nur sein Image stärken und die paramilitärischen braunen Banden nur ermutigen kann, wurden Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar ohne Beweise, aufgrund ihrer „RAF-Mitgliedschaft“ zu jeweils fünfmal lebensläng-

mit Repräsentanten von im Krieg zerstörten Städten wie Dresden, Coventry, Minsk, Köln und Warschau eine eigene Gedenkveranstaltung durchführen. Ein pazifistisches Friedensforum mit einer scheinbar klassenlosen Politik im Interesse der herrschenden Klasse.

Die SPD brüstet sich gegenüber den Regierungsparteien, die wahre Partei der „Ostpolitik“ zu sein. Zu Recht! Ihre Tradition als reformistische Arbeiterpartei gibt ihr die Chance, im ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat als prokapitalistische Alternative zum Stalinismus für den deutschen Imperialismus zu agieren, verkleidet als wahre nationale „Friedenskraft“.

Und der Stalinismus, der der proletarischen Revolution als der einzig wirklichen Verteidigung der DDR und der anderen Arbeiterstaaten abgeschworen hat, ist Gefangener seiner gefährlichen Illusion einer friedlichen Koexistenz mit dem Westen. Wir warnten bereits in der Vergangenheit vor Honeckers beabsichtigtem gefährlichen Techtelmechtel mit Bonn. Wir begrüßen es, daß die Arbeiterstaaten über ein Arsenal modernster Waffen verfügen und so einem

Abonniert!



8 Ausgaben SPARTAKIST einschließlich SPARTACIST (deutsche Ausgabe) DM 8,50

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postgirokonto Fm 119 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Britannien...

Fortsetzung von Seite 3

Er hat hart gekämpft, aber er zeigte auch scharf die Grenzen reformistischer Gewerkschaftspolitik auf – die sich *als unfähig erwies, eine Strategie zum Sieg zu bieten*. Es geht nicht darum, den einen oder anderen Fehler Scargills zu kritisieren, sondern um die Tatsache, daß er an die gleiche Labour-Perspektive gebunden blieb wie die Willis' und Kinnocks. Nämlich, daß die endgültige Antwort für die Arbeiterklasse sei, eine Labour-Regierung einzusetzen, die versucht, die (altersschwache) verstaatlichte Industrie durch reformistische Pläne wie dem Plan für die Kohleindustrie (Plan for Coal) zu verteidigen.

Die „Linken“ beschwerten sich, daß ihre Hände durch Willis und die Rechten gebunden waren, aber in Wahrheit waren sie es selbst, die jede konkrete Streikinitiative ihrer eigenen Mitgliedschaft entscheidend sabotierten: Es fing an mit der Entgleisung des Eisenbahnstreiks im letzten Frühjahr, dann kam der Ausverkauf der beiden potentiell explosiven Hafnarbeiterstreiks im letzten Sommer, und danach zog die Führung der Gewerkschaft der Seeleute ihre Unterstützung für eine Boykottaktion ihrer Mitglieder angesichts einer gerichtlichen Verfügung zurück.

Für die TUC-„Linke“ war die Rolle der sogenannten Kommunistischen Partei typisch. Vom ersten bis zum letzten Tag deckte der *Morning Star* die Betrügereien von Kinnock und Willis mit Geschwätz über „Einheit“. Währenddessen unterzeichnete das führende KP-Mitglied Mick McGahey ein Abkommen, das es erlaubte, daß Streikbrecherkohle bereits am Anfang des Streiks nach Ravenscraig floß, und die Funktionäre der TGWU (Transport and General Workers Union) Jack Adams und Joe Harris drückten beide Augen fest zu, damit die Kohlehalden von British Leyland in Longbridge und Rover Solihull immer größer wurden.

Die Krise der Führung

Thatcher zielt auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Aber in den Händen der reformistischen Irreführer – Rechte und „Linke“ – wurden die Gewerkschaften kriminellerweise dazu mißbraucht, der NUM in den Rücken zu fallen und die Arbeiter im Interesse des streikbrecherischen kapitalistischen Staates zu disziplinieren. Als Kinnock

letzten September auf der Konferenz der Labour Party auftrat, wurde er von großen Teilen der Basis verachtet. Aber als er argumentierte, daß der Weg der Labour Party, die Regierung zu ändern, über die Wahlurne führt und nicht über „Gewalt“ (womit er den Bergarbeiterstreik meinte), traf er auf keinen Widerspruch von Seiten der „Linken“, weder von Tony Benn noch von Arthur Scargill.

„Abstimmen“ hätte die 10 000 Bullen, die in der ersten Streikwoche mit Knüppeln und Schilden in die Kohlereviere stürmten, nicht gestoppt. Das war der kapitalistische Staat in seiner ganzen rohen, nackten Brutalität. Der einzige Weg, das zu stoppen, wäre die geschlossene und vereinte Mobilisierung der Arbeiterklasse gewesen. Und als es soweit war, dem Staat entgegenzutreten, hörten die tönenden Reden der Linken auf und sie bekamen kalte Füße. Was der russische kommunistische Revolutionär Leo Trotzki mitten im englischen Generalstreik schrieb, ist heute genauso wahr:

„Man muß den Tatsachen ins Auge sehen: Die Hauptbemühungen der offiziellen Führer der Arbeiterpartei und einer bedeutenden Anzahl der offiziellen Gewerkschaftsführer werden nicht darauf gerichtet sein, mit Hilfe des Streiks den bürgerlichen Staat, sondern mit Hilfe des bürgerlichen Staats den Generalstreik zu paralysieren.“ (*Wohin treibt England – Europa und Amerika*, 1926)

Die russische Revolution von 1917 zeigte, daß der bürgerliche Staat besiegt und sein Apparat zerschlagen werden kann und ein Arbeiterstaat, der durch Arbeiterräte (Sowjets) regiert wird, errichtet werden kann. Im Kampf mobilisiert, vertrieben die russischen Arbeiter die Bosse und errichteten eine geplante Wirtschaft auf der Grundlage der Kollektivierung der Produktionsmittel. Selbst nach der stalinistischen Degeneration sieht die Sowjetunion – mit anständigen Sozialleistungen und Vollbeschäftigung – verglichen mit Thatchers Britannien verdammt gut aus.

Es gab viele von den „linken“ Labour-Typen im Rußland von 1917, die argumentierten, man müsse langsam vorgehen, die etablierten kapitalistischen Institutionen benutzen, die Kämpfe der Arbeiter enthaupen. Aber es gab dort auch eine bolschewistische Partei, geleitet von Lenin und Trotzki, die die Arbeiter organisierte und eine Strategie für den Sieg lieferte.

Genug von Judas Kinnock – Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Im Laufe dieses beispiellosen zwölfmonatigen Kampfes kamen Zehntausende von Militanten dazu, die offizielle Führung der Arbeiterbewegung ganz gehörig zu hassen und den wichtigsten Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft – Presse, Polizei, Regierung – mit Mißtrauen und Verachtung zu begegnen. Was wird nun aus ihnen?

Die NUM-Führung drängt die Streikaktivisten jetzt zurück ins Gehege der Labour Party. Daher erklärt Mick McGahey scham-



Bergarbeiter-Führer Arthur Scargill bei seiner Verhaftung vor dem bestreikten Kraftwerk im Orgreave im Mai 1984

los: „Ich habe mit dem Führer der Labour Party keinen Streit“, selbst wenn Kinnock offen gegen eine volle Amnestie für die entlassenen Streikenden eintritt.

Die Spartacist League (britische Sektion der internationalen Spartacist Tendenz) ist eine kleine Organisation. Aber die Militanten, die während dieser Auseinandersetzung den *Workers Hammer* gelesen haben, wissen, daß das, was wir haben, ein Programm für den Sieg ist. Unsere Zeitung schrieb die Wahrheit, wie es die Pflicht einer revolutionären Arbeiterzeitung ist. Wir brandmarkten die antikommunistische Hexenjagd auf Scargill auf dem TUC-Kongreß in Blackpool 1983, wo Scargill die antisowjetischen Kriegstreiber Reagan und Thatcher und die gelbe

polnische „Gewerkschaft“ Solidarność richtig gekennzeichnet hatte. Wir enthüllten die Weigerung der „Linken“ in der Labour Party (wie Tony Benn), den Streikbruchführer Kinnock und Kalte-Kriegs-Rechte wie Denis Healey zu bekämpfen oder auch nur zu kritisieren. Wir stehen unnachgiebig für die Verteidigung der Sowjetunion gegen Reagans und Thatchers imperialistischen Kriegskurs.

Wir sagten: „Die Bergarbeiter dürfen nicht allein bleiben!“ Und von Anfang an kämpften wir dafür, wo wir konnten. Mitglieder der Eisenbahner- und Transportarbeitergewerkschaften kämpften darum, Boykottaktionen durchzusetzen und Streikaktionen zu erreichen. Patrick Sliney, militantes Mitglied der Transport- und Allgemeine Arbeiter-Gewerkschaft bei der bedeutenden Autofabrik Land Rover, war einer von Hunderten, die für ihre Unterstützung des Bergarbeiterstreiks entlassen wurden. Wenn einige tausend Leute mehr so wie er gehandelt hätten, hätte es einen Sieg gegeben und keine Strafen und Schikanen.

Als die Hafnarbeiter streikten und das Land an den Rand einer Explosion brachten, bekräftigten sie die Strategie, für die wir kämpften. In den Streikzentren der Bergarbeitergewerkschaft NUM und bei Gewerkschaftsgruppen der Eisenbahner, Transportarbeiter und Seeleute überall im Land verteilten wir 15 000 Extrablätter mit dem Aufruf zu einer kämpfenden Dreierallianz, um das Land dichtzumachen.

Wir gründen uns auf die Erfahrungen vergangener Siege, besonders auf die Machtgreifung der russischen Arbeiter. Wir sind Teil einer revolutionären Internationale, die die Erfahrungen der militantesten Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten der Welt vereinigt. Eine Partei wird gebraucht, die als ein Organisationszentrum für die Militanten, die kämpfen wollen, handelt – eine Partei, die die Frauen und Minderheiten einbezieht, die durch den Kapitalismus doppelt unterdrückt sind und mit doppelter Leidenschaft kämpfen werden. Ohne eine solche Partei sind die Arbeiterkämpfe, wie militant und mutig auch immer geführt, der Sabotage der reformistischen Verräter ausgeliefert. Wie Trotzki nach dem Generalstreik 1926 wiederholte: „Ohne eine Partei... kann die proletarische Revolution nicht siegen.“

Gekürzte Übersetzung aus *Workers Hammer* Nr. 67, März 1985

Patrick...

Fortsetzung von Seite 3

für den amerikanischen Imperialismus. (Hört, hört!)

Aber was uns heute hier zusammenbringt, Genossen, ist das Gedenken an Davy Jones, Joe Green. Als wir heute hierher marschieren sind, ist es mir sehr nahegegangen, als wir die Stelle passierten, an der Davy Jones gefallen ist. Er und Joe Green sind nicht umsonst gestorben – sie sind nicht umsonst gestorben. Ihren Tod werden wir ihnen heimzahlen, merkt euch meine Worte. Dieser Streik war hart, es war auch ein bitterer Streik, und diese Regierung und ihre Polizei waren so grausam, daß die Bergarbeiter in diesem Streik und andere Arbeiter ihre Lehren daraus gezogen haben – und diese Lehren sollten wir lieber nicht vergessen. Wir haben sie hart

erkämpft, diese Lehren. Wir haben sie mit unserem Blut bezahlt.

Andere Teile der arbeitenden Massen in diesem Land, die auch ausgebeutet und unterdrückt werden, wurden auseinandergehalten und gespalten, wenn Kämpfe stattfanden. Aber dieses Mal nicht. Es wurden viele Barrieren niedergedrückt. Die Schwarzen wurden einbezogen, die Asiaten und die Iren, die wollen, daß diese Truppen aus Irland verschwinden, ein für alle Mal, sie wollen die Engländer von ihrer Insel runterhaben. (Applaus) Die Arbeiterfrauen, die doppelt unterdrückt sind, wurden einbezogen. All diese Leute sind von diesem Streik inspiriert worden. Nochmal, das sind kostbare Lehren. Sie wurden gelernt durch Kampf, durch Blut, durch Tod. Und diese Lehren müssen wir in unseren zukünftigen Kämpfen anwenden, so daß wir dieses verrotete und korrupte kapitalistische System zer-

schlagen können, ein für alle Mal.

Hunderte von Bergarbeitern sind entlassen worden. Es ist für die Bergarbeiter wichtig, die Agitation für diese Männer fortzusetzen. Vergessen wir auch nicht, daß es eine Menge internationale Unterstützung gegeben hat. Ich weiß von den Leuten, die ich besonders in Amerika kenne, daß von einer Organisation, die sich Partisan Defense Committee nennt – eine Organisation in politischer Übereinstimmung mit der Spartacist League von Amerika, die im ganzen Land von Gewerkschaftsgruppen Geld gesammelt hat: Von Militanten, von Sozialisten sammelten sie mehr als 20 000 Dollar, die während des Streiks an die Bergarbeiter geschickt wurden.

Es ist glasklar, daß dieser Streik niemals hätte besiegt werden können, niemals, wenn es von anderen Teilen der Arbeiterklasse Solidarität mit den Streikpostenkettens gegeben hätte (und nicht süßliche Podiumsreden im ganzen Land). Ihr wißt alle, was der schweineische (Trades-Union-Congress-Führer) Lord Murray und der Lord Chapple und der künftige Lord Willis während des Streiks gemacht haben. Sie machten eine Hexenjagd auf Arthur Scargill auf dem TUC-Kongreß 1983, weil er diese Spencer-(Streikbrecher-) „Gewerkschaft“ in Polen antisozialistisch nannte. Es konnten und hätten Streikaktionen von Eisenbahnern, Seeleuten und meiner eigenen Gewerkschaft, der T&G, stattfinden sollen. Das ist es, wofür ich, zusammen mit anderen in meiner Fabrik, British Leyland, gekämpft habe. Seit Beginn des Streiks kämpfte ich, um durchzusetzen, daß keiner mehr Streikbrecherkohle anfaßt. Im Zusammenhang mit den letzten Tarifverhandlungen kämpfte ich dafür, den Bergarbeiterstreik auszuweiten – dafür wurde ich entlassen. Nun, wie Mick gesagt hat, ich bin nicht der einzige; 400 T&G-Arbeiter wurden

entlassen, Coalville-Arbeiter, Eisenbahner von der NUR wurden im ganzen Land verfolgt.

Ich meine, was ich gesagt habe. Wir müssen die Lehren aus dieser Auseinandersetzung ziehen. Wir können sie nicht in die Vergangenheit entschwenden lassen. Und um diese Lehren zu ziehen, brauchen wir eine Partei, die die Dinge in diesem Land verändern will, ein für alle Mal. Ich gehe hinterher zur *Workers-Hammer*-Tagesschulung, und ich hoffe, daß einige mit mir gehen, um wirklich einige dieser Lehren herauszuarbeiten. Wir müssen vorwärtsgehen, aber wir müssen so vorwärtsgehen, daß wir bei der nächsten Gelegenheit wirklich fähig sind zu gewinnen und zu siegen. Und zu siegen heißt, dieses kapitalistische System loszuwerden – durch unsere eigene Führung und unsere eigene Partei. Ich danke euch herzlich für eure Unterstützung. ■

Die Bergarbeiter brauchen Eure Unterstützung!

Wir veröffentlichen hier auszugsweise den Brief eines NUM-Streikaktivisten aus Stonegate, der zur finanziellen Unterstützung der verfolgten, mittellosen und von Gefängnis bedrohten Bergarbeiter auffordert und dabei auf die Spendenkampagne des amerikanischen Partisan Defense Committee (PDC) hinweist. Das PDC, eine klassenkämpferische, antisektiererische Verteidigungsorganisation in politischer Übereinstimmung mit der Spartacist League/U.S., hatte unter amerikanischen Gewerkschaftern 21 659,13 Dollar für die NUM-Streikkasse gesammelt.

„... Wir erhalten keine Hilfe vom National Hardship Fund, weil alles Geld, das aus der nationalen Kasse kommt, durch die Hände des regionalen Funktionärs geht... und dieser unterstützt die (streikbrechenden) arbeitenden Bergarbeiter... Wir haben hier einige Freunde, die die Zeitung *Workers Hammer* verkaufen, und ich habe von ihnen Eure Zeitung *Workers Vanguard* gekauft. Ich habe gesehen, wie ihr auf zentralen Seiten in Eurer Zeitung fantastisch dem National Hardship Fund geholfen habt und frage mich, ob ihr uns helfen könnt, wie auch den anderen, die – wie wir – keine Unterstützung aus der Streikkasse bekommen...“

Schickt Schecks an D. Douglas, 24 Aber Road
Stonegate Leicester LE22BA, England

D. Douglas

ABONNIERT!



Marxist monthly
of the Spartacist League/Britain
DM 10, – for 10 issues
Zu bestellen über Kontaktschrift

Apartheid ...

Fortsetzung von Seite 12

„Reform“ verfassung dazu, die Verweigerung des Wahlrechts durch die Apartheid zu verstärken und die Exekutive mit neuen Kriegsrechtsvollmachten auszustatten. Friedlichen Protesten gegen Mieterhöhungen in schwarzen Wohngebieten um Johannesburg wurden mit Polizeiterror und dem bisher beispiellosen Einsatz der Armee begegnet. Darauf folgten im September die Kämpfe schwarzer Goldgrubenarbeiter gegen Polizei und Armee. Im November gab es den gewaltigen, zwei Tage dauernden Generalstreik im Industriegebiet von Transvaal. Im Februar revoltierten die schwarzen Bewohner der Barackenstadt Crossroads außerhalb von Kapstadt standhaft gegen Regierungspläne, sie in ein isoliertes, von der Stadt weit abgelegenes Wohngebiet umzusiedeln. Obwohl seit Anfang 1984 mehr als 250 Schwarze von Pretorias Sicherheitskräften getötet worden sind, hat das die Wellen der Revolte nicht aufhalten können. Aber die Entwicklung kann nicht ewig so weitergehen.

Allem Anschein nach rollt Südafrika auf eine blutige Konfrontation zu. Das System der Apartheid – eine Schwindelteilung, in der die Weißen nichts aufgeben – ist in Auflösung begriffen. Die Schwarzen lassen keinen Zweifel mehr daran, daß sie die Situation der Unterdrückung nicht länger hinnehmen. Und die weiße Bevölkerung ist bis an die Zähne bewaffnet und entschlossen, ihre Position zu verteidigen. Die Küsten sind gesichert, im Norden gibt es einen Gürtel eingeschüchterter schwarzafrikanischer Staaten, und der Kampf verläuft entlang der nationalen Linien von Weiß gegen Schwarz. Solange das nationale Prinzip vorherrscht, werden die Weißen in einer militärischen Auseinandersetzung jetzt und in der nächsten Periode leichtes Spiel haben. Es besteht die Gefahr eines sinnlosen Blutbads, etwa in der Größenordnung der indischen Teilung, bei der Hunderttausende starben, und dazu eines sehr einseitigen Blutbads, bei dem die überwältigende Mehrzahl der Opfer aus der unterdrückten schwarzen, indischen und farbigen Mehrheit sein wird.

Doch das Klassenprinzip kann sich durchsetzen. In Südafrika gibt es ein schwarzes Proletariat mit einem wachsenden Gefühl für seine eigene Macht, das im Laufe des letzten Jahrzehnts in den Kampf getreten ist, von den Goldgruben und dem industriellen Herzland des Witwatersrand bis zu den Autofabriken von Port Elizabeth. Allein schon durch ihre Masse hat diese fünf Millionen starke Arbeiterklasse die kleinbürgerliche schwarze Führung gezwungen, sie zu berücksichtigen, allerdings nicht in programmatischer Hinsicht. Das schwarze Proletariat wird immer noch als Zugpferd benutzt, das den ideologischen Karren des Nationalismus schleppen soll. Eine bolschewistische Partei muß aufgebaut werden, um einen siegreichen Kampf für „amandla“, die *Macht*, für die Unterdrückten zu führen – durch Arbeiterrevolution.

Anstelle des massenhaften Hungertods und der mörderischen Stammesfehden, die bisher die „unabhängigen“ neokolonialen Staaten Schwarzafrikas kennzeichnen, wird die proletarische Klassenherrschaft in Südafrika den Weg für den sozialistischen Aufbau eröffnen, basierend auf dem höheren Niveau von Industrie und Kultur, worin auch die Weißen einen notwendigen Platz haben werden. Nur eine solche Perspektive einer zentral auf die Schwarzen ausgerichteten und von ihnen geführten Arbeiterregierung durch die Schmiedung einer vierrassischen Arbeitervorhut, die für Klassenmacht kämpft, kann die eherne Schranke des Weißgegen-Schwarz niederbrechen.

Südafrika ist das einzige Gebiet im unterhalb der Sahara gelegenen Teil Afrikas, wo es die Möglichkeit für einen Arbeiterstaat gibt. Denn hier ist die schwarze Bevölkerung von unten her teilweise in eine moderne industrialisierte Gesellschaft integriert, die unter den Bedingungen der revolutionären Reorganisation der Gesellschaft ihren Bürgern ein menschenwürdiges Leben bieten kann. Die weiße Bevölkerung muß einen Platz in einer antirassistischen Gesellschaft haben; als Modell gilt hier, wie Trotzki tausenden zaristischen Offizieren Posten

anbot, um ihre Fähigkeiten dem neuen bolschewistischen Regime und den Sowjetvölkern zur Verfügung zu stellen. Südafrikas zweieinhalb Millionen Farbige, die einen strategischen Teil des Kap-Proletariats verkörpern, und die fast eine Million Inder, eine vorwiegend Handel treibende Bevölkerungsgruppe, sind ebenso sehr ein lebenswichtiger Bestandteil.

* * * * *

Die südafrikanischen Weißen sind ein Unterdrückervolk, das sich mühelos und schuld beladen die umgekehrten Unterdrückungsverhältnisse vorstellen kann, und sie sind entschlossen, nicht auf der unterlegenen



Freiheit für den unbeugsamen ANC-Führer Nelson Mandela!

Seite zu stehen. Das macht sie äußerst gefährlich. Südafrika ist darin einzigartig. Im Gegensatz zu den Protestanten in Ulster, den israelischen Juden, den Singhalesen in Sri Lanka und früher den zyprischen Griechen, wo die ranghöhere Gruppe ökonomisch jedenfalls nicht qualitativ – wenn überhaupt – überlegen ist, so haben wir in Südafrika eine große Masse, ein ganzes Volk, das ein anderes ausbeutet. Ulster ist der Triumph der Ideologie über die gesellschaftliche Realität, da Katholiken und Protestanten sogar nach dem Standard des heruntergekommenen britischen Kapitalismus gleichermaßen verarmt sind. Im Nahen Osten liegen die palästinensischen Araber höchstens eine halbe soziale Revolution hinter den Israelis zurück. Aber die Afrikaander sind militärisch, wirtschaftlich, technisch und kulturell qualitativ überlegen, um das blutige Programm der „verbrannten Erde“ durchzuführen, das die Zionisten nur in ihren Träumen den Schiiten und Drusen des Libanon auferlegen können.

Obwohl das Botha-Regime nicht im Zerfall begriffen ist, hat es doch eine Menge Probleme, die sich nicht mit der *sjambok* (Peitsche) und der Uzi-Maschinenpistole lösen lassen. Eine neue Generation städtischer schwarzer Jugendlicher brennt vor Zorn über ihre weit geringere Schulbildung, ihre eingeschränkten Aussichten auf einen Arbeitsplatz und die Verweigerung ihres Geburtsrechts. Schwarze Arbeiter spüren ihre wachsende gesellschaftliche Macht und weigern sich, weiterhin sklavisch vor ihren weißen *baas* zu kriechen. Mit Steinen und Petroleumbomben, mit Boykotts und Streiks widersetzen sich die schwarzen Massen nicht nur den Paßgesetzen oder Beschränkungen des Wohnrechts, sondern der ganzen Unterdrückungsstruktur der Apartheidherrschaft. Die südafrikanische Bourgeoisie – die Engländer im Bergbau und die Afrikaander auf den Farmen – profitierten ein ganzes Jahrhundert von der Sklavenarbeit der Schwarzen. Jetzt sind sie darauf angewiesen, eine Schicht qualifizierter schwarzer Arbeiter in der Industrie zu stabilisieren und die proletarische Militanz der entstehenden schwarzen Gewerkschaften im Zaum zu halten.

Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung wurde die Diskrepanz im Lohnniveau zwischen weißen und schwarzen Arbeitern quantitativ gemildert. Durch die Wiehahn-Reformen wurde den schwarzen Gewerkschaften die Organisationsarbeit erlaubt, doch gleichzeitig versucht das Regime, sie mit ausgeklügelten staatlichen Kontrollen zu lähmen. Kürzlich forderten mehrere Kapitalistenverbände die Botha-Regierung auf, ihre vagen Reformversprechen einzulösen. Aber Regierungssprecher, die den *verligte* („aufge-

klärten“) Flügel des „Afrikaander“-Nationalismus verkörpern, erwiderten: „Die Geschäftsleute sollten nicht schwarze politische Beteiligung fordern, ohne die Implikationen dessen zu bedenken, was sie da befürworteten.“ (*Washington Post*, 15. März) Was wirtschaftlich für bestimmte Teile der herrschenden Klasse vernünftig sein mag, ist politisch nicht möglich.

* * * * *

Auf Sharpeville 1960 folgte ein Jahrzehnt lang die Ruhe des Polizeistaats. Jeglicher schwarzer Widerstand war zerschlagen. Im Vierteljahrhundert seither hat die südafrikanische Gesellschaft bedeutende Veränderungen erfahren, im wesentlichen die Konsolidierung der schwarzen Arbeiterklasse und die Anfänge ihrer Organisierung. Das bedeutet, daß heute Hochverratsprozesse, Massenverhaftungen und die Ermordung einer Vielzahl von Schwarzen nicht mehr ausreichen, um den schwarzen Kampf abzuwürgen. Zwei Tage nach dem Massaker von Uitenhage wurde eine Reihe schwarzer Kollaborateure des Apartheidregimes in den Wohngebieten getötet. Und am 24. März strömten an die 35 000 Schwarze, angeblich die größte Demonstration, die es je im Ostkap gab, nach Kwanobuhle, um die zuvor von der Polizei aufgelöste Beerdigung in einen Massenprotest zu verwandeln. Doch Botha hat seine Absicht deutlich gemacht, diejenigen zu zerschmettern, die „Ungehorsam, Gewalt und Zerstörung schüren“. Das Massaker von Uitenhage könnte leicht ein Signal sein, um ein vieltausendfaches Sharpeville zu entfesseln.

In einem vor kurzem in der *New York Times* (27. März) erschienenen Artikel bemerkte der im allgemeinen scharfsichtige Reporter Alan Cowell: „Verglichen mit 1960 ... schien die weiße Regierung sich (jetzt) treiben zu lassen, wie eh und je auf Gewalt vertrauend, aber unfähig, irgendeine andere Antwort auf die Fragen anzubieten, die von ihrer eigenen unruhigen rassischen Geschichte hervorgebracht wurde.“ Darin spiegelt sich ein weitverbreitetes Unverständnis Südafrikas wider, das von der amerikanischen Bourgeoisie wie auch von der amerikanischen „Linken“ geteilt wird. Was sich dort stellt, ist eben nicht die Gewährung demokratischer Scheinrechte an eine unterdrückte *Minderheit*. In Südafrika teilt eine rassische Kaste von vier bis fünf Millionen Weißen unter sich das Ergebnis der Superausbeutung von 26 Millionen Schwarzen, Indern und Farbigen. Eine bedeutende ABC-Fernsehsendung von 1983 über den Aufstieg der schwarzen südafrikanischen Gewerkschaften trug den Titel „Paßt euch an oder sterbt!“ Aber auf der politischen Ebene können sich die südafrikanischen Herrscher nicht anpassen. Die weiße Vorherrschaft, ob in der Form der Apartheid oder unter irgendeinem anderen Namen, ist die Grundlage des südafrikanischen Kapitalismus, ganz so wie es die Sklaverei vor dem Bürgerkrieg für den amerikanischen Süden war.

Was heißt denn Mehrheitsherrschaft, „ein Mann, eine Stimme“, in Südafrika? Für die weiße Minderheit kann es nur eines bedeuten: „Hinlegen zum Sterben.“ Aber sie wollen sich nicht hinlegen, um zu sterben, und sie haben alle Waffen. Der ABC-Reporter Ted Koppel bezog sich auf eine Parole, an eine Wand in Südafrika gemalt: „Bure go home“. Aber die Buren sind dort daheim. Die Afrikaander sehen sich selbst als einen „weißen Stamm Afrikas“. Diese Siedler, die den *veldt* (Weideland) eroberten, verloren zwar den Burenkrieg, gewannen jedoch das Land. Im Gegensatz zu den Weißen in Südrhodesien sind die Afrikaander keine Siedlerkolonie mehr. Die Rhodesier können sich wie die Israelis im Libanon keine ständigen Verluste leisten, nicht einmal zehn in einer Woche – abstrakt gesehen eine lächerliche Zahl, freilich nicht bei einer so schmalen Bevölkerungsbasis. Die Afrikaander jedoch haben die Waffen, eine genügend große weiße Bevölkerung, die entsprechende Ideologie, Religion und Geschichte sowie eine blutrünstige Entschlossenheit, sich durchzusetzen.

Völkermord ist nicht das Ziel der Herrscher Südafrikas – sie werden kaum das schwarze Proletariat vernichten wollen, das ihr goldenes Ei produziert hat. Aber ihr ganzer Sicherheitsapparat ist zur Unterdrückung

in riesigem Maßstab bestimmt. Wahrscheinlich sind sie bereits dabei, sich die, wie Henry Kissinger es einmal zynisch nannte, „raped nun gap“ (Vergewaltigte-Nonnen-Wartezeit) auszurechnen – wie viele Grausamkeiten gegen Weiße kann man geschehen lassen oder anstiften, um die öffentliche Meinung im Ausland auf den blutigen Holocaust an den Schwarzen vorzubereiten. (Erinnert euch an die westliche Schreckenspropaganda über vergewaltigte Nonnen in Stanleyville, die den Weg ebnete für die UN-Intervention gegen Lumumba im Kongo 1961, eingefädelt von Teddy Kennedys älterem Bruder JFK.) Und wenn Botha loslegt, werden es nicht nur israelische Maschinengewehre sein, die aus den Schießscharten von Truppentransportern herausfeuern. Die schwarzen Wohngebiete wurden für den Bürgerkrieg geplant, angelegt wie riesige Konzentrationslager, eingekreist von Schnellstraßen und leeren „Feuer-frei-Zonen“, das heißt, sie können isoliert und, falls nötig, mit Napalm in die Unterwerfung gezwungen werden. Pretoria ist gerüstet und bereit, einen Friedhofsfrieden zu verhängen.

Die Widersprüche des Botha-Regimes wurden bei dem Streik der Goldgrubenarbeiter im letzten September sichtbar. Nach sorgfältiger Prüfung und der Verabschiedung einer ausgeklügelten Gesetzgebung hatte die Regierung ein stark begrenztes Streikrecht gewährt. Eine der zahmeren schwarzen Gewerkschaften durchlief den ganzen Instanzenweg und rief endlich den allerersten legalen Streik aus. Das *Wall Street Journal* verkündete den Beginn „aufgeklärter“ Beziehungen in der Arbeitswelt Südafrikas. Aber sobald die legal Streikenden die Arbeit niederlegten, verbreitete sich ihr Beispiel wie ein Buschfeuer in den Goldgruben, und die Regierung antwortete darauf, indem sie Truppen hineinschickte und unbewaffnete Streikende kaltblütig niederschießen ließ.

* * * * *

Indessen steckt die Macht des schwarzen Proletariats immer noch in der politischen Zwangsjacke des Nationalismus. Und das ist durchaus kein Zufall, denn die Struktur der südafrikanischen Gesellschaft unterwirft die schwarze Bevölkerung als Ganzes den abstoßendsten Formen kolonialer Unterdrückung. Sie werden als Fremde im eigenen Land behandelt, ohne gesetzliche Rechte, Kolonialuntertanen, die ständig von der Abschiebung in ihre *kraals* in den verhun-



Schwarzes Proletariat: Schlüssel zur Zerschlagung der Apartheid

gernden Bantustans bedroht sind. Die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat sind vollständig weiß (mit der Ausnahme schwarzer Polizisten, die nur selten höher als bis zum Wachtmeister aufsteigen). Es gibt keine schwarze Bourgeoisie in Südafrika. Gerade diese tiefgehende und totalitäre Natur des inneren Kolonialismus haben eine nationalistisch-populistische Haltung unter den schwarzen afrikanischen Massen, einschließlich der Klasse der Industriearbeiter, hervorgerufen. Historisch stand der Kampf der Schwarzen unter dem starken Einfluß nationalistischer Formationen, besonders des Afrikanischen Nationalkongreß.

Daß die schwarzen Gewerkschaften zur

gleichen Zeit gezwungen sind, sich in der wirtschaftlichen Realität zu bewegen, führt zu einem Überschreiten nationalistischer Prinzipien. So gab es sogar schon Berichte von gemeinsamen weiß-schwarzen Gewerkschaftsaktionen, wie etwa in der Highveld-Stahlfabrik, wo gemeinsame Massenveranstaltungen abgehalten wurden (*Work in Progress*, Oktober 1984). Bei Veranstaltungen des Nationalen Forums, einem nationalistischen Zusammenschluß, der in Konkurrenz zur UDF steht, wurde der Ausschluß Weißer von Führern schwarzer Gewerkschaften abgelehnt, die früher der Bewegung für ein Schwarzes Bewußtsein angehört hatten. Dennoch stecken die südafrikanischen schwarzen Gewerkschaften politisch immer noch in ihren Anfängen, sofern sie nicht direkt in die eine oder andere nationalistische Volksfront integriert sind.

Im Falle des ANC reicht die Strategie, mit dem eher „liberalen“ Flügel des Imperialismus und der „eigenen“ herrschenden Klasse ein Bündnis zu suchen, zurück bis zu seiner Gründung. In der Hoffnung, den gelegentlich scharfen Gegensatz zwischen britischem Kapital und dem Buren-Nationalismus ausbeuten zu können, unterstützte der ANC sowohl im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg den britischen Imperialismus. Und im Gefolge der wilden Repression nach Sharpeville appellierte der ANC-Führer Luthuli 1964 an „Südafrikas stärkste Verbündete, Britannien und Amerika ... Sanktionen zu verhängen, die das Ende des verhaßten Systems der Apartheid beschleunigen würden“. Als ob die City von London und Wall Street, die Mörder, die beim „Mau-Mau-Aufstand“ in Kenia die Schwarzen abschlachten und kommunistische Guerilla-Kämpfer in Indochina umbrachten, etwa humaner wären als die Afrikaander-Führer Malan, Verwoerd und Botha! Sie sind einfach weiter weg und daher kaltblütiger.

Der „gemäßigt“ nationalistische ANC spricht von „multirassischer Demokratie“, meint damit allerdings ein Abkommen über die „Machtaufteilung“ mit Elementen der rassistischen weißen herrschenden Klasse, von der Vereinigten Partei in den fünfziger und sechziger Jahren bis zur Fortschrittlichen Föderalistischen Partei heute. Unter dessen warnt Bischof Tutu, den das Nobelpreiskomitee zum schwarzen Retter Südafrikas erkoren hat, vor der Gefahr eines Blutbads und sucht um eine Intervention der amerikanischen Imperialisten an. Also ist in der südafrikanischen schwarzen Bewegung die Lösung einer rassenübergreifenden Bewegung ausschließlich Sache der Volksfrontanhänger vom Schlage der KP/ANC, wogegen die Warnungen vor der Gefahr eines Blutbads von den jammernden Kennedy-Freunden stammen. Die militanten Nationalisten wie die AZAPO, die im Januar gegen Teddy Kennedys Besuch in Soweto demonstrierte, verschließen ihre Augen vor den Gefahren, die sich über ihnen zusammenziehen, und verhärtet das feindliche Lager, indem sie Weiße ins Afrikaander-laager treiben.

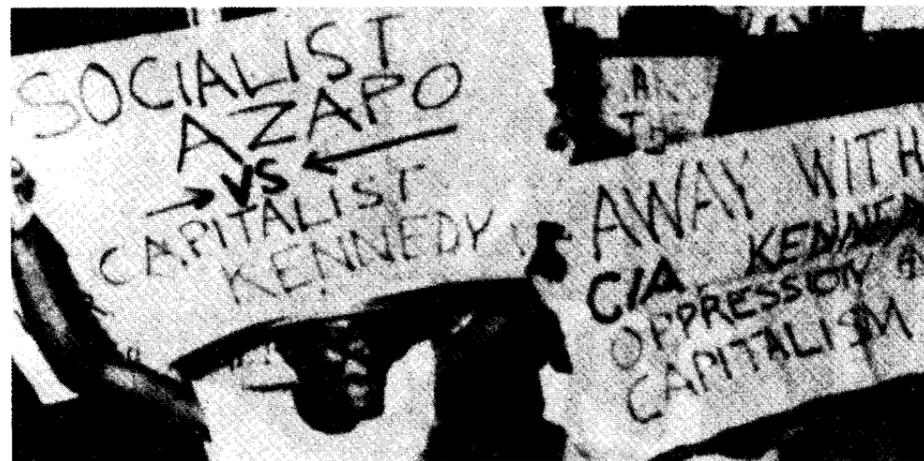
Die schwarze Bewegung in Südafrika scheint nicht zu erkennen, daß sie ins Rohr einer Kanone schaut, die in Stellung gebracht wurde, um sie wegzublasen. Sie überschätzen bei weitem die Menschlichkeit ihrer Unterdrücker. Botha & Co. suchen jetzt nach Provokationen – und sie könnten sie auch bekommen. Veröffentlichungen des ANC deuten darauf hin, daß seine Guerilla-Kämpfer ihre militärische Strategie von Angriffen auf ausschließlich strategische Einrichtungen auf „weichere“ Ziele verschieben, wobei sie „weit weniger Rücksicht auf die Verursachung (weißer) ziviler Opfer“ (*Work in Progress*, Februar 1985) nehmen werden. Das ist, zusammen mit ihren Äußerungen, von sporadischen Bombenattentaten durch kleine Kommandos zum „Volkskrieg“ überzugehen, eine lebensgefährliche Phantasiavorstellung, die den Falken unter den Afrikaandern direkt in die Hände spielt. Jegliche Aktionen in dieser Richtung werden ein ungeheures Gemetzel heraufbeschwören, ohne Pretoria militärisch ernsthaft zu bedrohen. Im Gegensatz zu solch leichtsinnigen Kriegsspielen können wohlüberlegte Aktionen der schwarzen Arbeiterbewegung das Apartheidssystem an seiner Achillesferse treffen, an der absoluten Abhängigkeit von schwarzer Arbeitskraft.

Anders als Bischof Tutu reden wir nicht über ein Blutbad, um damit Predigten über

Pazifismus und Versöhnung mit dem Apartheidstaat zu rechtfertigen. In Südafrika wird Blut fließen; die Frage ist, wessen Blut, wann, wo, wie und warum. Ganz bestimmt gibt es in Südafrika keine Lösung ohne Bürgerkrieg. Aber wenn er auf einer rein nationalen Basis von Weiß-gegen-Schwarz ausgefochten wird, gibt es eine Katastrophe für die Unterdrückten. Man braucht nur Angola anzuschauen, wo ein paar hundert südafrikanische Soldaten fast den ganzen Weg nach Luanda durchfahren konnten, bis die Kubaner eingriffen, um sie zu stoppen.

* * * * *

In den Vereinigten Staaten hat sich die Anti-Apartheid-Bewegung auf die Forderung nach Kapitalabzug konzentriert. Das ist ein Aufruf für einen internationalen Streik des Kapitals, um Pretoria zu zwingen, die Apar-



Mit Plakaten gegen Kennedy wie „Weg mit CIA, Kennedy, Unterdrückung und Kapitalismus!“ empfangen Militante der Azanian Peoples Organisation Ted Kennedy am 13. Januar in Soweto. Zu Recht! Dieser Reisende in Sachen Kriegsverbrechen, Vertreter der Demokratischen Partei von Hiroshima und Vietnam, verspricht nichts Gutes für die Opfer der Apartheid

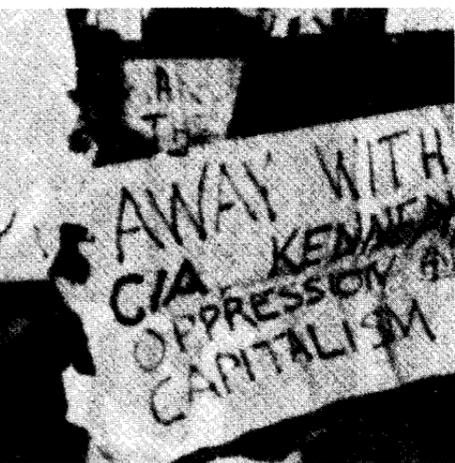
heid aufzugeben, dessen nacktes Resultat darin besteht, daß einige schlaue Spekulanten südafrikanische Aktien zum Sonderabzug aufkaufen. Erst nach Mondales schmählicher Niederlage bei den US-Wahlen im letzten November begannen schwarze Demokraten, symbolische Verhaftungen vor der südafrikanischen Botschaft in Szene zu setzen, um ihr beschmutztes Ansehen wieder aufzupolieren. Als Kennedy mit einem Besuch im Januar versuchte, die Südafrikafrage für sich auszunutzen, trug die *Financial Mail* aus Johannesburg die ungläubige Schlagzeile „Er will uns Moral beibringen?“ Wer verlangt denn, daß die bluttriefenden amerikanischen Imperialisten mit der Ausbeutung aufhören, muß sich Botha fragen. Die weiße rassistische herrschende Klasse der USA kann sich das System „ein Mann, eine Stimme“ leisten und die Schwarzen dennoch am untersten Boden der Gesellschaft halten. Die Kapitalabzugskampagne ist ein Appell an die „demokratische“ Heuchelei der Massenmörder von My Lai und Hiroshima, die ihren südafrikanischen Verbündeten dazu bewegen sollen, vor der eigenen Tür zu kehren.

Für blauäugige amerikanische Reformisten, beispielsweise den *Guardian* (3. April), hat das Massaker von Uitenhage „eine Krise des Apartheidregimes (hervorgehoben), da es einen wirklich durchgängigen Unglauben gegenüber der offiziellen Version gibt“. Die tödliche Gefahr für Südafrikas schwarze Massen wird ignoriert, denn sie sehen bloß „die Agonie der Apartheid“. Aber die Apartheid liegt noch nicht auf dem Totenbett, und daß ein paar Imperialisten mit dem Finger drohen, wird sie ebensowenig zu Fall bringen wie die öffentliche Meinung. Der liberale Propagandist für Kapitalabzug Dumisani Kumalo, Mitglied des amerikanischen Südafrikakomitees, bemerkt zynisch: „Jedesmal, wenn sie Leute in den Wohngebieten erschießen ... hilft (das) alles unserer Sache“ (*Detroit Free Press*, 16. Dezember 1984). Der Sache der Unterdrückten Südafrikas ist aber nicht gedient, indem man auf die Teddy Kennedys oder andere imperialistische „Retter“ blickt.

Die Kennedy-Liberalen, die jetzt dazu aufrufen, Investitionen abzuziehen, haben lediglich taktische Differenzen mit Leuten wie IBM-Präsident John Akers, der zu US-Investitionen aufruft und dabei arrogant behauptet, sein Niedriglohn-Unternehmen, in dem keine Gewerkschaften zugelassen sind, könne als Modell der Rassenbeziehungen

gelten (wie seine nichtorganisierten Betriebe in den USA!). Die proimperialistischen Spitzen des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO stimmen mit dieser Linie überein und schwören auf die „Sullivan-Prinzipien“ der chancengleichen Ausbeutung durch US-Firmen in Südafrika, während sie zugleich bestrebt sind, die neuen schwarzen Gewerkschaften zu übernehmen, bevor sie „außer Kontrolle“ geraten.

Kommunisten schauen von Durban bis Detroit auf die Arbeiterklasse als die Vorhut des Kampfes für die Freiheit. Wir begrüßen die Aktion kämpferischer Hafendarbeiter der Bay Area (von San Francisco) im letzten Dezember, die sich trotz der Sabotage durch die Arbeiterverräter und ihre pseudolinken Wasserträger zehn Tage lang weigerten, eine blutbesudelte Ladung aus Südafrika zu löschen. Internationale Arbeitersolidarität gegen ihre und unsere Bosse ist der Schlüssel



im Kampf für die Arbeiterrevolution gegen den Reagan/Botha-Rassismus.

* * * * *

Die rohe Apartheid diktatur in Südafrika ist das Ergebnis einer ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung, in der die jüngsten Neuerungen in Industrie und Technologie koexistieren mit auferlegter kolonialer Rückständigkeit der unterdrückten schwarzen Massen, die dazu verurteilt sind, die brutalsten Seiten der Knechtschaft, Sklaverei und des Stamessystems zu erleiden. Die elementarste demokratische Forderung oder soziale Errungenschaft kann nur in einem antikapitalistischen revolutionären Zusammenhang erlangt werden. Das grundlegende politische Recht „ein Mann, eine Stimme“ – wirkliches Mehrheitsrecht – würde den Sturz der weißen Vorherrschaft bedeuten und die Totenglocke für die weiße herrschende Klasse läuten. Diejenigen, die wie Bischof Tutu, UDF und ANC ein „friedliches“ Ende der Apartheid durch moralische Überzeugung und „Wirtschaftssanktionen“ des internationalen Finanzkapitals predigen, entwapfen ideologisch die Unterdrückten gegenüber der drohenden Katastrophe, in der fast ausnahmslos das Blut der schwarzen Massen fließen wird.

Heute sind hunderttausende schwarzer, farbiger und indischer Arbeiter in den schwarzen Gewerkschaften organisiert, die wiederholt das Labyrinth der staatlichen Kontrollen durchbrochen haben, um Massenstreiks zu entfesseln. Die wirtschaftliche Organisation der schwarzen Arbeiter ist eine notwendige Bedingung für die südafrikanischen Arbeiter, aber sie genügt nicht. Ein unlängst veröffentlichtes Buch mit dem Titel

„Power! Black Workers, Their Unions and the Struggle for Freedom in South Africa“ (1984) enthält eine aufschlußreiche Aussage eines Vertrauensmanns einer schwarzen Gewerkschaft in Port Elizabeth:

„Wir sehnen den Tag herbei, an dem es eine Regierung der Mehrheitsherrschaft in Südafrika gibt und“ (der gefangengehaltene ANC-Führer) „Nelson Mandela unser Premierminister ist. Aber wenn dieser Tag kommt, müssen wir eine unabhängige Gewerkschaftsorganisation haben, um sicherzustellen, daß die schwarzen Arbeiter nicht herumgestoßen werden, nur weil unsere Leute an der Macht sind.“

Damit die Unterdrückten siegreich aus dem unvermeidlichen Bürgerkrieg in Südafrika hervorgehen, müssen sie von einer klassenbewußten Avantgarde organisiert und geführt werden, die von der Einsicht erfüllt ist, daß diejenigen, die arbeiten, auch herrschen müssen.

In der Kontinuität von Lenins Kampf für unabhängige kommunistische Parteien kämpfte sein Waffengefährte Leo Trotzki, der Gründer der Roten Armee, für die Vierte Internationale. 1935 schrieb Trotzki an seine Anhänger in Südafrika:

„Die bolschewistische Partei verteidigte das Recht der unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung mit den Methoden des proletarischen Klassenkampfes und lehnte die betrügerischen ‚antiimperialistischen‘ Blöcke mit den zahlreichen kleinbürgerlichen ‚nationalen‘ Parteien des zaristischen Rußland völlig ab. ...

Nur dank dieser unversöhnlichen Klassenpolitik war der Bolschewismus imstande, sich in der Zeit der Revolution durchzusetzen, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre und die kleinbürgerlichen nationalen Parteien beiseitezustoßen und die Massen der Bauernschaft und die unterdrückten Nationalitäten um das Proletariat zu sammeln.“ (Leo Trotzki, „Über die südafrikanischen Thesen“ in *Writings* 1934–35)

Heute ist in Südafrika der Aufbau einer bolschewistischen Partei, die sich auf das schwarze Proletariat gründet, dringender denn je, aber auch die Chancen dazu sind möglicherweise besser als in der Vergangenheit. Die Regierung ist jetzt vollauf beschäftigt, und es wird wahrscheinlich nicht ihre höchste Priorität sein, unauffällige rote Organisationskerne in der Arbeiterbewegung aufzuspüren. Wenn man sich ansieht, was Regierungsinformaten in den vergangenen Monaten in den Wohngebieten zugestoßen ist, scheint es ein unwillkürliches Nachlassen der Sicherheitskontrolle in der schwarzen Bevölkerung zu geben.

Eine leninistisch-trozkistische Partei in Südafrika muß im unveröhnlichen Kampf gegen jede Variante des Nationalismus und der Volksfrontpolitik aufgebaut werden und muß ihnen das Programm der permanenten Revolution, für die Emanzipation und den Wiederaufbau der unterdrückten Nation unter der Diktatur des Proletariats entgegenstellen. Eine Arbeiterrevolution in Südafrika, mit seiner Konzentration der Industrie und des Reichtums, wird zur treibenden Kraft für die Befreiung der entsetzlich verarmten schwarzen Massen auf dem ganzen Kontinent werden. Womit beginnen? Jetzt ist die Zeit für internationalistische Kommunisten, ob Schwarze, Farbige, Inder oder Weiße, den Aufbau umsichtiger Kerne in Angriff zu nehmen, die in der Arbeiterbewegung und auf diese ausgerichtet arbeiten und damit die Basis schaffen für eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei im Kampf für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 376, 5. April

Black History and the Class Struggle:
On the Civil Rights Movement

DM 2,-

Abonniert Workers Vanguard
DM 45,- für 24 Ausgaben (Luftpost)
DM 8,- für 10 Probeexemplare

Zu beziehen über die Kontaktadresse

NEU

Black History and the Class Struggle No. 2

On the Civil Rights Movement

WORKERS VANGUARD

Free South African Black Leader! Nelson Mandela Defiant!

Butcher of the Belgrano Meets Grenada Invader

Thatcher and Reagan: Enemies of the People

SPARTAKIST

**Nationalismus: Todesfalle für die schwarzen Massen —
Baut eine proletarische Partei auf zum Sturz der Apartheid!**

Südafrika: Auf Messers Schneide

Zur größten Demonstration gegen die rassistische Apartheid entwickelte sich am 15. April die Beisetzung von 31 schwarzen Opfern der jüngsten blutigen Repressionswelle in den schwarzen Wohnbezirken bei Port Elizabeth und Uitenhage in der östlichen Kap-Provinz. 60 000 Schwarze versammelten sich im randvollen Stadion von Kwanobuhle zu einer sechsstündigen Trauerfeier. Die Hundertschaften der südafrikanischen Polizei, die das Stadion umstellt hatten, griffen angesichts der explosiven Situation nicht ein. Am gleichen Wochenende kam es jedoch zu weiteren Zusammenstößen in den schwarzen Wohngebieten, acht Schwarze wurden allein nach offiziellen Berichten ermordet. Damit ist die Anzahl der Todesopfer der blutrünstigen Apartheid, seit die Polizei am 21. März das Feuer auf einen Trauerzug eröffnet und 19 schwarze Demonstranten niedergemetzelt hatte, auf mindestens 58 angewachsen.

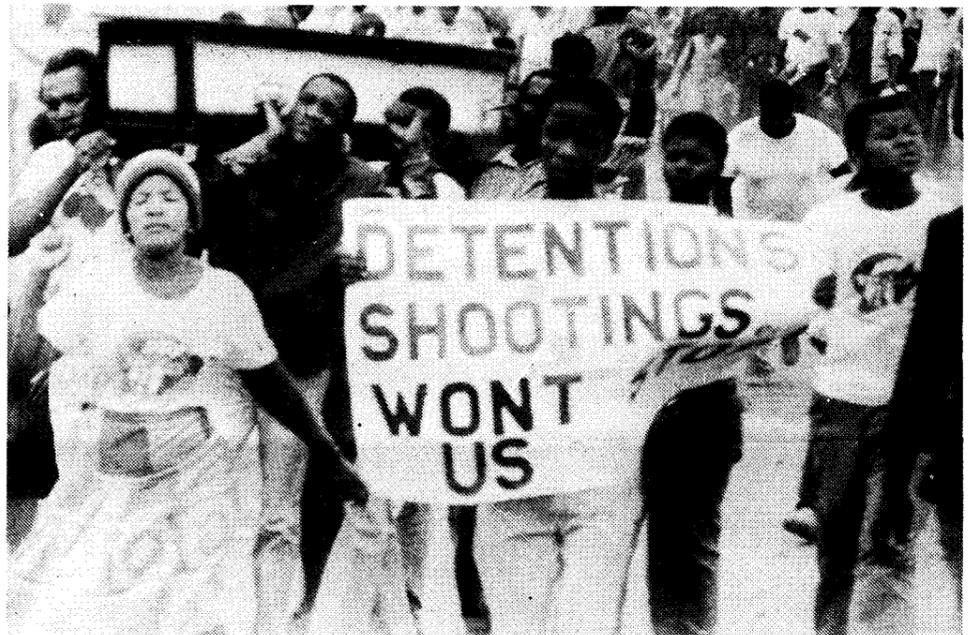
Der nachfolgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 376 vom 5. April, der Zeitung unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S.



Uitenhage: Massiv bewaffnete Apartheid-Polizei will ein Blutbad

lahmgelegt hatte, feierte die Regierung Sharpeville, indem sie ein neues Massaker anrichtete.

Am selben Abend entschuldigte US-Präsident Reagan in Washington in widerlicher Weise das Polizeimassaker von Uitenhage mit den Worten „Aufruhr war im Gange“, und unter südafrikanischen Schwarzen gebe es „ein Element, ... das eine gewaltsame Lösung will, das Unruhe in den Straßen will“. Die US-Regierungspolitik des „konstruktiven Engagements“ gegenüber Südafrika erwies sich als Alibi und Schützenhilfe für rassistischen Mord. Der demokratische Senator Teddy Kennedy schloß sich mittler-



60 000 demonstrieren: „Verhaftungen, Erschießungen werden uns nicht stoppen!“ Der Freiheitskampf der Schwarzen braucht ein Programm für die Macht

weile dem republikanischen Staatssekretär George Shultz bei der heuchlerischen Verurteilung des „Übels“ der Apartheid an.

In Pretoria beeilten sich die Regierungssprecher, Reagans antikommunistische Reflexe in Gang zu setzen, indem sie alles einer angeblichen sowjetischen Verschwörung anlasteten, inszeniert vom verbotenen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Und in der amerikanischen Fernsehsendung *Nightline* erklärte Premierminister P. W. Botha: „Ich werde die Ordnung in Südafrika aufrechterhalten, und niemand wird mich daran hindern.“ In der gleichen Woche wurden Versammlungen von 29 schwarzen

Gruppen verboten, insbesondere die der Anti-Apartheid-Organisation Vereinigte Demokratische Front (UDF). Am 30. März besetzte die Armee Siedlungen der Schwarzen in der ganzen Ostkap-Region.

* * * * *

Das Massaker von Uitenhage war die Antwort des rassistischen Regimes auf acht Monate unbeugsamer Kämpfe der unterdrückten schwarzen Bevölkerung Südafrikas. Der massive Boykott der indischen und „farbigen“ (gemischtrassischen) Bevölkerung
Fortgesetzt auf Seite 10

Am Donnerstag, dem 21. März, wurden in Südafrika Versammlungen zum Gedenken an den 25. Jahrestag des Massakers von Sharpeville abgehalten, der schwarzen Siedlung in der Nähe von Johannesburg, in der die Polizei des weißen Herrenmenschenregimes 69 schwarze Demonstranten niedergemäht hatte, die friedlich gegen die Apartheid-Paßgesetze protestiert hatten. In diesem Jahr errichteten schwarze Studenten in Sharpeville Barrikaden und boykottierten den Unterricht. In der strategischen Vaal-Reefs-Goldgrube, der größten in der ganzen Welt, traten 40 000 schwarze Arbeiter in den Streik. Und in der Ostkap-Provinz, nachdem die schwarze Bevölkerung drei Tage lang Port Elizabeth mit einem ihrer „Fernbleiben“

Hoch lebe die vietnamesische Revolution!



30. April 1975: „Giai Phong! Giai Phong!“ hallten die Rufe durch die breiten Straßen von Saigon — „Befreiung!“ Triumphierend fuhren die nordvietnamesischen Kämpfer mit Panzern in die Stadt ein und trafen mit den Guerillas der Front der Nationalen Befreiung (FNL) zusammen, um von den Stufen des Palastes der Unabhängigkeit den Sieg zu verkünden. Die Schnelligkeit ihrer letzten Offensive, unter der die US-gestützte Marionettenarmee wie verrottetes wurmstichiges Holz wegbröckelte, überraschte jeden — nicht zuletzt ihre eigene militärische Führung. Eine halbe Million amerikanischer Soldaten, eine Million südvietnamesischer Truppen, das entwickeltste Militärarsenal der Welt, Flächenbombardierungen mit der B-52, Napalm, Entlaubungsmittel, von der CIA organisierte Attentatsserien — einer der brutalsten Kriege der Geschichte konnte den Kampfgeist der vietnamesischen Arbeiter und Bauern nicht brechen. Wie wir damals schrieben:

„Der militärische Sieg der DRV-FNL bedeutet das Ende des 30jährigen Bürgerkrieges gegen Kolonialismus, Imperialismus und ihre örtlichen Alliierten. Er bedeutet den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in Südvietnam, eine historische Errungenschaft für die

arbeitende Bevölkerung der ganzen Welt, die von klassenbewußten Arbeitern bedingungslos gegen imperialistische Angriffe verteidigt werden muß.

Wir begrüßen diese zerschmetternde Niederlage des US-Imperialismus, die erste in einem größeren Krieg in diesem Jahrhundert, und begrüßen diesen Sieg unserer Klassenbrüder und -schwestern mit internationalistischer proletarischer Solidarität. Der Kampf gegen das Vietnam der Imperialisten war auch eine Hauptaufgabe der Sozialisten in den Zentren des Imperialismus, die die politische Erfahrung einer ganzen Generation junger Leute beherrschte, die danach strebten, Revolutionäre zu werden.“ (*Workers Vanguard* Nr. 68, 9. Mai 1975)

Der Vietnamkrieg markierte einen entscheidenden Wendepunkt der amerikanischen Geschichte. Das sogenannte „amerikanische Jahrhundert“ ging in den Reisfeldern und Urwäldern von Vietnam unter. Die antikommunistischen Vorurteile der fünfziger Jahre, die Amerika als den Retter vor der roten Flut darstellten, wurden zerschlagen, als die jungen Soldaten herausfanden, daß sie ein ganzes
Fortgesetzt auf Seite 7